# BLICHWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion NRW

Mangel für alle?

DAS KLIMAKARTELL

S. 16 – 19

FRIEREN FÜR DEN FRIEDEN S. 14 – 15

DIE AfD-FRAKTION NRW DER 18. WAHLPERIODE STELLT SICH VOR S. 22 – 27

LUDWIG ERHARD, WIRTSCHAFTSMINISTER (1949-1963), BUNDESKANZLER (1963-1966)
VATER DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND DES WIRTSCHAFTSWUNDERS
SYMBOLBILD – QUELLE: AKG-IMAGES/AP, 1964 – ORIGINALFOTO VERFREMDET



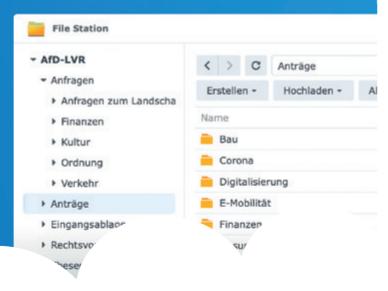
# Kommunalplattform

Die kommunale Austauschplattform

Registrieren Sie sich als Mandatsträger für unsere Kommunalplattform und profitieren Sie von sortierten Inhalten, einer Volltextsuche und einer stetig wachsenden Datenbank: www.afd-im-lvr.de/kommunalplattform



- Zugang beantragen
- Wir prüfen
  Ihre Anmeldung
- Zugriff auf AfD-Plattform



BESSERE KAMPAGNEN

MEHR ZUSAMMENARBEIT



#### **Editorial**

Dr. Martin Vincentz Mitglied des Landtags Fraktionsvorsitzender



#### Liebe Leser,

die Zeiten sind nicht einfach. Eine Krise jagt die nächste. Vor einem Jahr diskutierten wir noch, mit wie vielen unserer Liebsten wir das Weihnachtsfest begehen dürfen und wo uns der Staat erlaubt Geschenke einzukaufen. Dieses Jahr werden wir wohl durch dunkle Straßen wandeln und die Geschenke unter einen dunklen Baum legen.

Doch sind diese Krisen Naturereignisse? Zeigen sie nicht viel eher den blinden Aktionismus einer Regierungspolitik, die sich gegen uns Bürger richtet? Fakt ist: Die deutsche Abhängigkeit von ausländischem Gas ist nicht trotz, sondern wegen der Energiewende entstanden. Schon 2018 warnte Donald Trump unter dem selbstgerechten Gelächter eines Heiko Maas vor der Energieabhängigkeit von Russland. Wenn die Regierung nun vom "Turbo" bei den Erneuerbaren spricht, dann erklärt sie das eigentliche Problem kurzerhand zur Lösung. Es braucht sicher vieles, aber nicht noch mehr Strom aus unzuverlässigen Quellen.

Unsere Regierung erklärt, das Wohl und Wehe des Planeten hinge von dem nun beschlossenen Kohleausstieg 2030 ab. 280 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> werden dadurch rechnerisch bis 2038 eingespart – Chinas CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 8,6 Tagen. Während wir hier in NRW unseren beinahe einzigen Rohstoff aufgeben, der ein Drittel der Energieversorgung ausmacht, baut man dort immer noch neue Kraftwerke.

Die Konsequenzen dieser irregeleiteten Politik sind wie beim Corona-Aktionismus eine Verarmung und Entrechtung unserer Bürger, Pleitewellen unter mittelständischen Unternehmen und der immer deutlichere Verlust unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Wer dies so klar benennt, wird mitunter schon als "Staatsfeind" oder "Extremist" tituliert. Wie oft schon schwangen sich Linke zu "Faktenchecks" auf, um von uns thematisierte Probleme als "Fake News" zu diffamieren? Die Erzählung vom Blackout als "rechtem Mythos" ging nahtlos über in Hinweise, wie man sich auf flächendeckende Stromausfälle vorzubereiten habe. Die AfD wird von der Regierung nicht wegen Unwahrheiten bekämpft, sondern weil sie unbequeme Wahrheiten verbreitet.

Liebe Leser, lassen Sie sich nicht entmutigen. Keine Regierung hat das Recht, Ihnen vorzuschreiben, wie Sie Ihre Dusche zu nutzen haben, Ihre Liebsten am Weihnachtstisch zu zählen oder den Weihnachtsbaum nicht zu beleuchten. Auch wenn die Zeiten schwer sind und dank der Regierung vorerst auch bleiben, meine Fraktion wird weiterhin mutig für Ihre Belange einstehen. Wir werden weiter klar benennen, wie die Regierung uns in die Irre führt, entrechtet und verarmt. Dabei danke ich Ihnen für Ihre breite Unterstützung.

Nur Mut wünscht

Martin Vincente

#### **Editorial**

von Dr. Martin Vincentz. 3 Fraktionsvorsitzender

**THEMEN** 

Realitätsverlust

6 - 7innerhalb der EU-Bürokratie

8 - 9

**Bezahlbares Wohnen** 

in Zeiten von Inflation und Energiekrise

Die Auswirkungen der Energiekrise

10 - 11 auf den Schwimmsport in NRW

Die Ouadratur des Kreises

12 - 13in der Landwirtschaft

Tohuwabohu

Religionswahl ab 14, Landtagswahl ab 16, Autofahren ab 18 und voll strafmündig 20 - 21erst ab 21

Nachtragshaushalt 2022

28 - 29 Die Grünen regieren

**Das eigentliche Problem** 

30 - 31 mit den Grünen

**Rundfunk in Seenot** 32 - 34

Grenzerfahrungen

auf der Balkanroute 35

Wenn der Berg zum Propheten muss

Die Imam-Ausbildung in NRW 40 - 41



#### **Titelthema**

Mangel für alle?

DAS KLIMAKARTELL S.16 - 19

#### Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 11 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Lisa-Kristin Oheim, Tino Perlick, Elmar Salinger u. a.



#### **NATIONALES**

Frieren für den Frieden

Kurznotizen

COMIC

**KURZ NOTIERT** 

46 - 47 unserer Landtagsabgeordneten

#### AfD-FRAKTION IM LVR

Landschaftsversammlung Rheinland

36 - 37

14 - 15

Der Gasspeicher am Silbersee 48 - 49

Interview

38 - 39 mit Yannick Noe

#### **BERLINER BLICKWINKEL**

Vernunft statt Ideologie

**50** Stoppt die energiepolitische Geisterfahrt!

**DEUTSCHE GESCHICHTE** 

Der Hungerwinter

42 - 45 1946/47

**Impressum** 

51 Bildnachweise etc.

BLICKWINKEL | NR. 9 | WINTER 2022/23



#### Wie die europäische Armutszuwanderung unsere Städte verändert

Im Jahre 2011 veröffentlichte der Spiegel einen Artikel, in dem es um den Euro-Rettungsfonds ging. Bereits damals entflammte eine kontroverse und leidenschaftliche Debatte über die deutsche Souveränität und die Haftungsfrage von rund 211 Milliarden Euro. Ein ARD-Beitrag offenbarte desaströse Wissenslücken deutscher Parlamentarier unmittelbar nach der Abstimmung zu diesem historischen Gesetz.

Umso weniger überrascht die mangelnde Sensibilisierung und Weitsicht der Parlamentarier im Zusammenhang mit dem EU-Freizügigkeitsrecht und den fatalen Folgen für die sogenannten Nettogeberländer.

Es kann ein Ausdruck mangelnder Kreativität und Vorstellungskraft sein oder einfach Naivität und Leutseligkeit, da die Architekten der heutigen Europäischen Union mit einem raffinierten und sanften Imperialismus nahezu ein vollendetes Haus hinterlassen haben. Dessen Bewohner wiederum wurden zwar mit derselben Sanftmütigkeit enteignet, doch so langsam setzt der Prozess der Konfrontation mit der Realität ein.



Enxhi Seli-Zacharias, MdL Stellv. Fraktionsvorsitzende Sprecherin für Integrationspolitik

Die Folgen des EU-Freizügigkeitsrechts für sozialschwache Kommunen: Eine Bestandsaufnahme am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen

Die Komplexität des EU-Freizügigkeitsrechts und die damit einhergehende Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene haben insbesondere auf kommunaler Ebene große Probleme hervorgerufen. Die Erosion des Rechtsstaates, die darauf zurückzuführen ist, dass unausgegorenes supranationales Recht oktroyiert wurde, muss durch eine die kommunale Souveränität stärkende Europapolitik gestoppt werden.

Mit Stand 29.01.2021 sind offiziell 9455 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Gelsenkirchen gemeldet. In fünf Jahren kam es hier zu einer Verdoppelung. Eine importierte Jugendarbeitslosigkeit und die legale Finanzierung von Armutszuwanderung sind die direkten Folgen der EU-Freizügigkeit. Knapp 70 Prozent der

Eine importierte
Jugendarbeitslosigkeit
mündet häufig
in Kriminalität
und Gewalt

erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) ohne Erwerbseinkommen aus der EU stammen von dort. Die größte Gruppe ist 15 bis unter 25 Jahre alt – gefolgt von den 25- bis 35-Jährigen. Die Verweildauer im Regelleistungsbezug beträgt im Schnitt 4 Jahre oder länger. Somit sind Unionsbürger, die sich im arbeitsfähigsten Alter befinden, überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und von Sozialleistungen abhängig.

#### Verlust- bzw. Nichtbestehensfeststellung des Freizügigkeitsrechts im Zeitraum von 2016–2020

Die sogenannte Verlust- bzw. Nichtbestehensfeststellung des Freizügigkeitsrechts und eine damit verbundene Einreisesperre können aus Gründen der öffentlichen Ordnung, aber beispielsweise auch wegen Rechtsmissbrauch oder Betrug verhängt werden. Die Freizügigkeit für Unionsbürger ist ein hohes Gut und darf deshalb behördlicherseits nur bei schwerwiegenden Gründen eingeschränkt werden. Doch gerade in Gelsenkirchen ergeben sich Indizien für eine irrationale Finanzierung von Armutszuwanderung zulasten der einheimischen Bevölkerung.

Die Anzahl der vollzogenen Verlustfeststellungen des Freizügigkeitsrechts ist in Gelsenkirchen gering. Betroffen waren insbesondere Rumänen, Bulgaren, Kroaten und Polen. Im Jahre 2020 wurden nur 29 Ausweisentscheidungen getroffen. 2019 waren es 540, 2018 nur 403.

Eine importierte Jugendarbeitslosigkeit mündet häufig in Kriminalität und Gewalt. Und Armutszuwanderung verursacht neben den herkömmlichen Transferleistungen weitere Sekundärausgaben. Die zahlreichen Projekte und Programme im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa sind als politischer Betrug und Makulatur zu werten, um von den ernsten Problemen abzulenken. Der soziale Frieden ist aber längst in Gefahr - viele sind erschöpft und müde von den Konfrontationen mit Lärm, Vermüllung. Gewalt und Kriminalität in den sozialen Brennpunkten. Sie haben innerlich kapituliert und die Phase der Resignation setzt bereits ein.

Marketingtaugliche Modellvorhaben der Landesregierung wie "Problemimmobilien im Kontext der Zuwanderung aus Südosteuropa" oder sogenannte Clearingstellen zur Vermittlung eines Krankenversicherungsschutzes sind in letzter Konsequenz als ein weiterer Schritt politischer Kapitulation zu verstehen.

Das freiheitszersetzende Gebaren übergeordneter politischer Institutionen ist nun so weit fortgeschritten, dass vielen Kommunen nichts anderes mehr übrig bleibt als die Kapitulation vor dem Imperialismus. Die EU hat vorerst im Kampf um die Souveränität gesiegt, doch ist dieser Sieg von Dauer?



# BEZAHLBARES Wohnnebenkosten werden 2023 aufgrund enorm

#### in Zeiten von Inflation und Energiekrise

Die Wohnraumknappheit ist eine der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit. Eine angemessene Wohnung ist kein Luxusgut. Die Schaffung von ausreichend Wohnraum sollte in der Verantwortung der öffentlichen Daseinsvorsorge liegen. Doch es wird immer schwieriger, günstige Wohnungen zu finden. Laut der jährlichen Umfrage der R+V Versicherung befürchten 58 Prozent der Befragten, dass Wohnen zunehmend unbezahlbar wird. Für viele Menschen stellt die Suche nach einer Wohnung eine

Wohnnebenkosten werden 2023 aufgrund enorm gestiegener Gas- und Heizölpreise für Nachzahlungsforderungen sorgen, die unzählige Haushalte existenziell bedrohen. Auf der anderen Seite müssen Vermieter bereits jetzt die Heizkostensteigerungen vorfinanzieren, was gerade Kleinvermieter und kleine Wohnungsgesellschaften erheblich in ihrer Investitionsfähigkeit einschränkt. Beide Seiten sollten nicht Leidtragende einer falschen Energiepolitik sein, die die verfügbare Energiemenge selbst angesichts von Russlandsanktionen und dem Ausfall von Nord Stream 2 künstlich knapphält. Vorschläge wie Wärmehallen oder ein Kündigungsmoratorium berühren nicht den Grund der Problematik: die auch von der Landesregierung weiter forcierte "Energiewende", die unsere grundlastfähige Kern- und Kohlekraft ausbremst.



Wenn immer mehr Haushalte über die Hälfte des Einkommens fürs bloße Wohnen ausgeben, zudem noch die Heizund Stromkosten explodieren, bleibt kaum etwas zum Leben.

Gleichzeitig steckt die Wohnungswirtschaft in der Falle: Die Baukosten sind gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent gestiegen. Hinzu kommen Lieferengpässe, Fachkräftemangel und unklare Förderbedingungen. Vor allem in Ballungsräumen fehlen hunderttausende bezahlbare Wohnungen. Leider setzt auch das "Bündnis bezahlbarer Wohnraum" der Bundesregierung keine Impulse gegen hohe Baukosten. Im Gegenteil werden die überzogenen Anforderungen und Effizienzstandards der "Wärmewende" weiter verschärft. Dabei müssten Bauordnungen und Genehmigungsverfahren verschlankt werden, um den Neubau für Investoren attraktiver zu machen.

Für unaufhörliche Nachfrage nach Wohnraum sorgt auch die Massenzuwanderung, nicht nur durch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, sondern weiterhin aus Afrika und Nahost. Migranten zieht es in NRW vornehmlich in Ballungsräume, wo sie um günstigen Wohnraum konkurrieren. Auch wenn Medien nur spärlich berichten: Die OECD schätzt, dass 2022 das Jahr mit der größten Zuwanderung nach

Deutschland seit 1990 wird. Unfassbar, dass die etablierten Parteien auch im Landtag die Augen vor dem entscheidenden Wachstumsfaktor "Migration" verschließen. Entsprechende Hinweise der AfD-Fraktion werden mit wütenden Zwischenrufen bedacht.

"Für unaufhörliche
Nachfrage nach Wohnraum
sorgt auch die Massenzuwanderung, nicht nur
durch Kriegsflüchtlinge aus
der Ukraine, sondern weiterhin aus Afrika und Nahost.
Migranten zieht es in NRW
vornehmlich in Ballungsräume, wo sie um günstigen
Wohnraum konkurrieren."

Die Neubauziele der schwarzgrünen Landesregierung von 9000 geförderten Wohneinheiten pro Jahr reichen bei weitem nicht aus. Zeitnahe Entlastungen für den Wohnungsmarkt sind nicht in Sicht, nicht zuletzt wegen der Fixierung auf den "Klimaschutz" und Subventionen für energetische Sanierungen. Doch auch die grün dominierte Landesregierung muss früher oder später erkennen, dass Kapazitäten begrenzt sind. Durch das Hochfahren der Modernisierungsförderung stehen weniger Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung. Auch

die begrenzten Kapazitäten der zum Teil noch in den Flutgebieten gebundenen Bauwirtschaft und der Handwerkermangel sprechen für eine Priorisierung bestimmter Förderbereiche. Anstatt abstrakte CO<sub>2</sub>-Werte senken zu wollen, sollte man den Neubau vorantreiben, um

das knappe Angebot zu erweitern und dem Wohnraummangel beizukommen.

Um den Mietmarkt zu entlasten, muss auch das Wohneigentum dringend gestärkt werden – nicht nur für Familien, auch aus vermögenspolitischer Sicht. Die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung ist bei der sozialen Mietwohnraumförderung sehr konkret. Bei der Wohneigentumsförderung bleibt sie aber trotz der bisher nur geringen Bedeutung dieses Bereichs in NRW allgemein und unverbindlich.

Der grundsätzlichen Gleichrangigkeit der Wohnformen und der im Vergleich mit anderen Bundesländern und erst recht dem Ausland allzu geringen Verbreitung des Wohneigentums in NRW wird damit nicht Rechnung getragen. Deshalb fordert die AfD-Fraktion, innerhalb der jährlichen Bewilligungen von Sozialmietwohnungen eine gleichrangige Zahl von Eigentumsmaßnahmen zu fördern. Außerdem hat sie eine Senkung der Grunderwerbssteuer beantragt, die in NRW mit 6,5 Prozent bundesweit am höchsten ist.

8

BLICKWINKEL | NR.9 | WINTER 2022/23

#### DIE AUSWIRKUNGEN DER

#### ENERGIEKRISE auf den Schwimmsport

in NRW

rst kam die Flüchtlingskrise, dann der Corona-Lockdown und jetzt die Energiekrise! Den Sportstätten droht infolge der gefährdeten Gasversorgung erneut die Zwangsschließung. Schon im September warnte der Landessportbund: "In NRW werden Sportvereine von der Landkarte verschwinden." Grund sind die gestiegenen Preise für Strom und Gas. Die Vereine gehen von einer Verdreifachung, in Extremfällen sogar einer Verzehnfachung der Kosten aus. Besonders betroffen sind die energieintensiven Hallenbäder.

Während zunächst die Rede davon war, die Wassertemperatur abzusenken, steht jetzt der gesamte Betrieb infrage. Für die so dringend benötigte Schwimmausbildung unserer Kinder wäre das ein Desaster. Gleiches gilt für die tausenden ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder sowie die Rettungs-, Lehr- und Fachkräfteausbildung. Denn schon jetzt fehlen deutschlandweit 2500 Bademeister und mindestens genauso viele Rettungsschwimmer. Ein drittes Jahr mit stark eingeschränktem Hallenbadbetrieb würde einen weiteren Zuwachs an Nichtschwimmern nach sich ziehen. Der Schwimmverband NRW geht allein für die Viertklässler des Schuljahres 2020/21 von 152.000 Nichtschwimmern aus. Jegliches Bemühen, diesen Rückstand aufzuholen, wäre aufgrund dauerhaft geschlossener Hallenbäder zum Scheitern verurteilt.









Bereits im Juli hat die Bäderallianz ein Positionspapier zum drohenden Energie-Lockdown an Bundeskanzler Olaf Scholz verfasst. Mit Einsparungen möchte man die Schließung so lange wie möglich hinauszögern. Doch ohne staatliche Finanzspritzen werden viele Sportvereine und Hallenbäder auf Dauer nicht überleben, zumal ein Ende der Energiekrise nicht absehbar ist. Ob die Politik alle Möglichkeiten zum Erhalt der Bäder ausschöpfen wird, bleibt aber fraglich. Schließlich haben die bisherigen Landesregierungen das Bädersterben der letzten 20 Jahre entweder geleugnet oder ignoriert. Erst die AfD hat mit mehreren Initiativen und Anträgen dafür gesorgt, dass das Problem verstärkt in den Fokus gerückt ist.

Umfragen der DLRG haben zudem ergeben, dass 20 bis 25 Prozent der Schulen schon vor der Energiekrise gar keinen Schwimmunterricht mehr anbieten konnten

Aus diesem Grund befürworten wir das Projekt "Bäderleben" von Professor Lutz Thieme von der Hochschule Koblenz, der erstmals eine verlässliche Datenbasis für die Bäderzahlen in ganz Deutschland vorgelegt hat. Die seit Kurzem verfügbaren Daten lassen erkennen, dass sich die Anzahl der Bäder, die in NRW für die Schwimmausbildung und den Schwimmsport geeignet sind, seit 2002 fast halbiert hat. Umfragen der DLRG haben zudem ergeben, dass 20 bis 25 Prozent der Schulen schon vor der Energiekrise gar keinen Schwimmunterricht mehr anbieten konnten. Dass die Probleme mitunter hausgemacht sind, verrät ein Blick auf die prekäre Personalsituation: Der Beruf des Bademeisters (Fachangestellter für Bäderbetriebe) verliert seit Jahren an Attraktivität. Schuld sind geringe Aufstiegschancen. Wochenendarbeit und die schlechte Entlohnung. Hinzu kommt die wachsende Gefahr durch aggressiv auftretende Badegäste - die sogenannten "jungen Männer".

Zahlreiche Freibäder konnten in dieser Saison wegen Mitarbeitermangel entweder gar nicht erst öffnen oder mussten ihre Öffnungszeiten reduzieren. Eine mehrmonatige Schließung infolge einer Gasmangellage würde den Erhalt des ohnehin reduzierten Personals noch weiter gefährden und schlimmstenfalls zu ihrem dauerhaften Verlust führen. Die Engpässe an deutschen Flughäfen, gerade auch beim Sicherheitspersonal, sollten ein mahnendes Beispiel sein. Bei den Schwimmbädern könnte fehlendes Personal zu flächendeckenden Schließungen führen, die die Energiekrise überdauern könnten. Die Daseinsvorsorge wäre in Gefahr und die gesundheitlichen Folgen für unsere Kinder wären enorm.





Kühe auf der Weide, gackernde Hennen und wogende Ähren – wenn die Sonne über unserer Kulturlandschaft aufgeht, dann zeigt sich die Natur oft in ihrer schönsten Pracht. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe leben landwirtschaftliche Tradition und Regionalität.

Doch kleine Familienbetriebe befinden sich seit Jahren auf dem Rückzug. In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Höfe in NRW um 27.200 verringert. Sie kapitulieren vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Die Globalisierung setzt unsere Bauern einem enormen Wettbewerbsdruck aus. Aber statt ihnen dabei zu helfen, auf dem globalen Markt zu bestehen und Raum für technischen Fortschritt zu schaffen, versucht die aktuelle Landwirtschaftspolitik die Quadratur des Kreises.

In den letzten
20 Jahren hat sich
die Anzahl der Höfe
in NRW um 27.200
verringert.
Sie kapitulieren vor
allem aus wirtschaftlichen Gründen

Die Umweltauflagen und Subventionspolitik sollen die Landwirtschaft extensiver und damit umweltfreundlicher machen. Mit dem Green New Deal auf EU-Ebene wird dies durch die Umschichtung von Mitteln aus der ersten Säule in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik deutlich.

Dies beinhaltet eine pauschale Halbierung des Pflanzenschutzes, eine Umwidmung von einem Viertel der Flächen in Ökolandbau, 10 Prozent Brachlegung, eine Reduktion der Düngemittel um 20 Prozent, reduzierte Viehbestände und fördert den Flächenverbrauch durch Photovoltaik und Windkraft. All diese Maßnahmen führen logischerweise zu geringeren Erträgen pro Fläche.

Bereits jetzt sorgen Auflagen, wie die praxisferne Ausweitung "Roter Gebiete" im Rahmen der Düngeverordnung oder die nicht marktkompatible Förderung von Ökolandbau, für die Extensivierung unserer Landwirtschaft.

Eine der Folgen zeigte die Erntebilanz 2022: Der Proteingehalt von Weizen war teils nicht ausreichend für Brotgetreide. Der Lösungsvorschlag der NRW-Agraministerin Gorißen offenbarte die Bigotterie der Agrarpolitik insgesamt: man könne den Weizen ja mit Auslandsimporten mit höherem Proteingehalt strecken.

Besonders bigott ist dabei, dass Extensivierung bei immer kleineren Nutzflächen nicht funktionieren kann. In NRW werden pro Tag fast sechs Hektar Boden versiegelt. Entweder betreibt man eine intensive Landwirtschaft auf wenig Raum und kann Flächen der Natur überlassen oder man extensiviert die Bewirtschaftung, aber dann auf mehr Fläche. Beides wären gangbare Wege, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und gleichzeitig Natur und Kulturlandschaft zu schützen. Doch die bestehende Politik betreibt Extensivierung auf schrumpfender Fläche – die Quadratur des Kreises!

Die Subventions- und Dokumentationsbürokratie der EU hat einen zusätzlichen Negativeffekt: Insbesondere kleine Familienbetriebe sind strukturell benachteiligt und können den Papierkrieg kaum stemmen. Dabei ist erwiesen, dass statt Monokulturen von Großbetrieben gerade kleinräumige Landwirtschaft einen positiven Effekt auf die Umwelt hat. Die Subventionspolitik führt also zum gegenteiligen Effekt: Die Umwelt wird geschädigt.

Durch den Ukraine-Krieg, Sanktionen, die verfehlte Energiepolitik, aber auch durch die Zinspolitik der EZB steigen derweil die Erzeugerpreise stark an: Im Oktober kletterten die Energie- und Lebensmittelpreise auf einen neuen Höchststand seit 1951. Im Durchschnitt stiegen die Lebensmittelpreise um 20,3 %. Deutlich gestiegen sind die Preise für Speisefette (+49,7 %), Molkereiprodukte und Eier (+28,9 %), Gemüse (+23,1 %), sowie Getreideerzeugnisse (+19,8 %).

Was wir brauchen, ist ein politischer Paradigmenwechsel für eine zukunftssichere heimische Landwirtschaft.

# NATIONALES M 60000 Viele stehen vor der Frage, ob sie im Winter lieber eine beheizte Wohnung oder einen gefüllten Kühlschrank haben wollen BLICKWINKEL | NR. 9 | WINTER 2022/23

# FÜR DEN FRIEDEN



Dr. Martin Vincentz Fraktionsvorsitzender Sprecher für Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik

Das Jahr 2022 nähert sich seinem Ende. Die Tage werden kürzer, die Nächte kälter und das Leben für viele Menschen in Deutschland trostloser. Es ist das Jahr des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, das Jahr grausamer Kriegsverbrechen, das Jahr weltweiter Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Aber es ist auch das Jahr, in dem Millionen Menschen in Deutschland zu verarmen drohen.

Benzin, Gas, Strom, Lebensmittel - die Deutsche Bundesbank prognostiziert für das vierte Quartal 2022 eine Inflationsrate von 10 Prozent. Aufgrund der gestiegenen Preise verzichteten laut einer Umfrage bereits im Juni 16 Prozent der Deutschen auf reguläre Mahlzeiten, weitere 13 Prozent ziehen dies in Betracht. Heizen wie gewohnt können sich nur die Wenigsten leisten, nachdem sich der Gaspreis verdreifacht hat und die Energiekosten durch die Decke gegangen sind. Die Schlagwörter dieser Zeit heißen "Solidarität mit der Ukraine" und "europäischer Zusammenhalt" – aber wie weit geht die Solidarität, wenn man sich das Leben nicht mehr leisten kann? Noch wichtiger: Wie weit darf die Solidarität deutscher Politiker gehen, deren Amtseid das Wohle des deutschen Volkes beinhaltet?

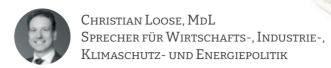
Von der wirtschaftlichen Situ-

ation nur peripher betroffen, treffen sie Entscheidungen, welche für den normalen Bürger existenzbedrohend sind. Deutschland befindet sich in einem Wirtschaftskrieg. Kriege fordern Opfer und viele bezahlen dies nun mit ihrer Existenz. Viele mittelständische Unternehmen müssen schließen, da sie aufgrund des explosionsartigen Kostenanstieges nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können, Familien streichen ihre Jahresurlaube, stellen größere Anschaffungen hinten an, die Ersparnisse werden nach und nach aufgebraucht. Viele verzweifeln an der Situation, verzweifeln daran, nicht mehr in der Lage zu sein, ihre Familie ernähren zu können. Stehen kurz davor, alles zu verlieren.

Besonders kritisch stellt sich die Lage für die Rentner dar. Im Hinblick auf die aktuelle Tendenz der Preisentwicklungen können Personen mit einer kleinen Rente nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten. Viele stehen vor der Frage, ob sie im Winter lieber eine beheizte Wohnung oder einen gefüllten Kühlschrank haben wollen. Die Pfandhäuser laufen über – besonders tragisch der Fall eines Mannes, der versuchte sein Dialysegerät zu verpfänden.

Jetzt wäre es sicherlich falsch, die umfangreichen Kostenanstiege einzig mit der außenpolitischen Lage in Verbindung zu setzen. Politische Fehlentscheidungen wie in der Energiepolitik und Misswirtschaft haben ebenfalls zur Verschärfung der Situation beigetragen. Unumstritten ist allerdings, dass die vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland Deutschland verändert haben. Nicht nur die deutsche Wirtschaft verzeichnet Einbußen, jeder von uns tut das.

Und so hat ein Krieg, der 1700 Kilometer von uns entfernt ist, drastische Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn "Solidarität mit der Ukraine" und auch "europäischen Zusammenhalt" muss man sich dieser Tage erst einmal leisten können, finanziell und moralisch.



# Mangel für alle? DAS KLIMAKARTELL

Wir lesen jeden Tag Horrormeldungen zu gestiegenen Strom- und Gaspreisen. Die Inflation überschreitet die 10-Prozent-Marke. Dabei sind sich Mainstream-Medien und -Politik einig: Der Russe ist schuld!

Doch ist das wirklich so? Schon Ludwig Erhard wusste: "Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen."

Ein Grundübel für Erhard waren die Kartelle als "Feinde der Verbraucher". Bei einem Kartell versuchen Akteure, Marktmengen und -preise zu beeinflussen und Konkurrenten zu schädigen. Dies geschieht auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Der Energiemarkt in Deutschland wird inzwischen genau so beherrscht – vom Kartell der Klimalobby.

#### DIE DREI SCHWERTER DES KLIMAKARTELLS

#### Schwert 1:

#### KONKURRENZ VERBIETEN, KAUFZWANG FÜR EEG-STROM

Deutschlands Klimapolitiker fahren eine Doppelstrategie: Einerseits werden Kohle- und Kernkraftwerke abgeschaltet, andererseits Windindustrie und Photovoltaik mit hunderten Milliarden Euro subventioniert. Die Produkte "Kernkraft" und "Kohlekraft" unterliegen so mittelfristig einem Verkaufsverbot. Gleichzeitig werden Netzbetreiber gezwungen, immer zuerst "erneuerbaren" Strom zu kaufen. Dafür besteht ein Abnahmezwang. Auch dann, wenn das Netz überlastet ist, Windindustrieanlagen aus dem Wind gedreht werden und gar keinen Strom

produzieren: Es wird der theoretisch erzeugbare Strom bezahlt. Die Kosten tragen die Verbraucher.

Der Strompreis für eine bestimmte Stunde eines Tages wird an der Börse bestimmt. Kraftwerksbetreiber bieten ihren Strom gemäß der Brennstoffkosten an – Löhne, Abschreibungen und Finanzierungskosten spielen hier keine Rolle. Die Nachfrage durch Bürger und Unternehmen wird von den jeweils günstigsten Kraftwerken gedeckt. Als Produktpreis wird der gebotene Preis des teuersten Kraftwerks festgelegt, das notwendig ist, um die Nachfrage zu bedienen bzw. einen Blackout zu verhindern (Preissetzer). Dieses System wird Merit Order genannt und hat über mehr als 20 Jahre perfekt funktioniert.

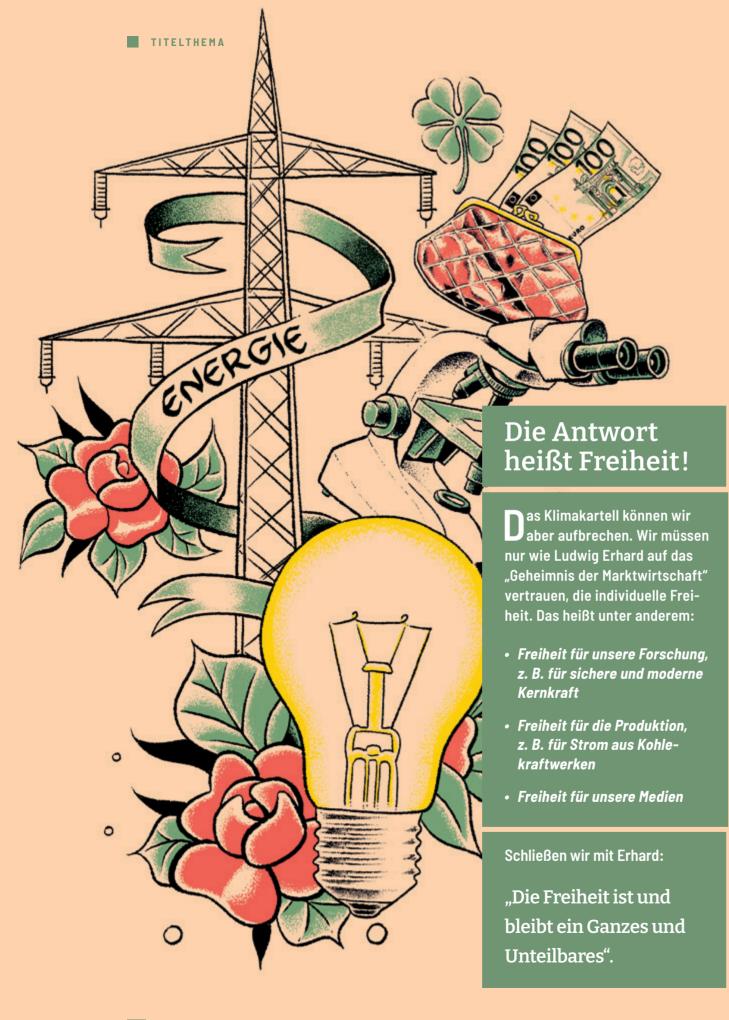
Lange Zeit lagen die Brennstoffkosten der Kraftwerke nah beieinander. Das waren grob gerundet in Cent pro Kilowattstunde: Kernkraft und Braunkohle je 2 Ct/kWh, Steinkohle 3 Ct/kWh, moderne Gaskraft 4 Ct/kWh und offene Gasturbinen 5 Ct/kWh. Es gab genug Kraftwerke, und Kohle war lange Zeit der Preissetzer. So lag der Börsenpreis beispielsweise 2017 bei 3 Ct/kWh. Mit Transport zahlten Industriekunden – befreit von den hohen EEG-Kosten – 8 Ct/kWh.

Nach dem reihenweisen Abschalten von billigen Kohle- und Kernkraftwerken änderte sich die Lage an der Strombörse. Bei hoher Nachfrage (z. B. am Montagmittag) waren immer häufiger teure Gaskraftwerke "Preissetzer" und trieben den Preis auf 5 Ct/kWh.

#### Schwert 2:

#### CO<sub>2</sub>-ZERTIFIKATE, KOHLE UND GAS VERTEUERN

Der Preis für CO₂-Zertifikate lag 2017 noch bei etwa 6 €/Tonne. Das EU-Klimakartell wollte aber, dass Kohle und Gas teurer werden – die Zertifikatpreise



mussten steigen. So wurde die sogenannte "Marktstabilitätsreserve" erfunden, quasi eine Schublade, in die Zertifikate hineingelegt und vergessen werden, um sie vom Markt zu nehmen. So wurden Zertifikate knapper und ihre Preise stiegen bis Ende 2021 auf über 80 €/Tonne. Der Strom aus fossilen Kraftwerken verteuerte sich daraufhin massiv – Kohlestrom um 7 Ct/kWh auf etwa 10 Ct/kWh, Gasstrom um 2–3 Ct/kWh auf 6 Ct/kWh.

Die beiden Schwerter Verknappung von Kraftwerken und Zertifikate sorgten dafür, dass der Strompreis an der Börse nun bei etwa 8 bis 11 Ct/kWh lag – eine Verdreifachung gegenüber 2017.

#### Schwert 3:

#### ANGRIFF AUF INVESTITIONEN IN ÖL UND GAS

Mit dem Pariser Klimaabkommen 2015 begann der große Feldzug gegen fossile Brennstoffe.

Man beschloss Beschränkungen für Investitionen in die Exploration und Förderung fossiler Rohstoffe. In der Folge kürzten die 1200 größten Energiekonzerne der Welt ihre Investitionen in neue Gas- und Ölfelder um mehr als zwei Drittel. Damit stößt der wachsende Energiehunger auf ein gleichbleibendes Angebot. Die Gaspreise stiegen und damit auch die Kosten für Gasstrom – bis Ende 2021 auf 20 Ct/kWh.

Das nationale und internationale Klimakartell hat den deutschen Strompreis in wenigen Jahren mehr als versechsfacht: Von 3 auf 20 Cent pro Kilowattstunde!

Für die Industrie bedeutete dies mit Transport einen Anstieg von 8 auf 25 ct/kWh. Aufgrund der langfristigen Verträge trifft die Wucht des Klimakartells erst im Jahr 2023.

Zur Erinnerung: Das alles geschah Jahre bis Monate vor dem Angriff auf die Ukraine!

#### **BRENNGLAS UKRAINE-KRIEG**

Russlands völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine hat die Probleme wie in einem Brennglas gezeigt. Die Gaspreise stiegen danach zunächst nur moderat. Die Sanktionsspirale des Westens veranlasste Russland zu Gegenreaktionen, sodass der Gasfluss stoppte. Dadurch stiegen die Gaspreise teilweise auf das Fünffache. Die Folgen trafen die Deutschen, während Russland profitierte. Die russische Gasindustrie verkaufte zwar kein Gas mehr an den Westen, fand aber willige Abnehmer in China

und Indien. Durch den massiven Preisanstieg konnte Gazprom bei einer kleineren Verkaufsmenge höhere Gewinne erzielen und vermeldete für das erste Halbjahr 2022 einen Rekordgewinn von 41,8 Mrd. Dollar.

Die deutsche Regierung verhinderte Schutzmaßnahmen gegen die hohen Gaspreise: Die Kohlekraft-Reserve blieb aus, die Kernkraftwerke erhielten keine neuen Brennelemente für eine Verlängerung.

Die hohen Gaspreise trafen die Deutschen mit voller Wucht und trieben den Strompreis in ungeahnte Höhen von 50 Ct/kWh (2017 waren es nur 3 Ct/kWh). Polen zeigt, dass es anders gegangen wäre: Hier lag der Strompreis dank Kohlekraft bei nur 20 Ct/kWh.

Damit zeigt sich, dass das Klimakartell die hohen Energiepreise zu verantworten hat und nicht (allein) Putins Krieg.

#### DER SCHLÄGERTRUPP DES KARTELLS

Wenn Verbraucher erkennen würden, dass nicht etwa ausschließlich Russland ihr Feind ist, sondern das Klimakartell, dann könnte es für das Kartell ungemütlich werden. Es könnte zu Gelbwestenprotesten, Aufständen u. ä. kommen. Deshalb müssen solche Widerstände im Vorfeld verhindert werden. Kritiker müssen "gekillt" werden. Ein modernes Land bringt Menschen aber nicht mehr physisch um, sondern tötet sie "gesellschaftlich" – idealerweise mithilfe von Medien, Politik und NGOs.

Und so gibt es diverse Angriffe auf Menschen und Unternehmen. Siemens wurde öffentlich heftig attackiert, weil es eine Signalanlage für eine Kohlebahn nach Australien liefern wollte. Das Umweltbundesamt veröffentlichte eine Liste von "Klimawandelskeptikern", durch die u. a. der ehemalige Umweltsenator und renommierte Professor Fritz Vahrenholt diskreditiert wird. Personen, die es wagen, natürliche Ursachen für den Klimawandel zu erörtern, werden mittlerweile standardmäßig als Klimaleugner oder rassist bezeichnet. Menschen, die gegen hohe Preise protestieren, werden vom NRW-Innenminister Reul pauschal als "Staatsfeind" diffamiert, was an den "Klassenfeind" der DDR erinnert.

Die Menschen sollen die hohen Preise nicht nur akzeptieren, sondern gefälligst "gut" und "richtig" finden. So erklärte der WDR-Journalist Holger Beckmann im Oktober 2021 in der Tagesschau: "Was CO<sub>2</sub> ausstößt, darf nicht mehr billiger werden, im Gegenteil: Es muss sich weiter verteuern (…) die hohen Preise für fossile Energieträger sind das richtige Signal zur richtigen Zeit."

THEMEN THEMEN



### **TOHUWABOHU**

Religionswahl ab 14, Landtagswahl ab 16, Autofahren ab 18 und voll strafmündig erst ab 21

#### WER SOLL DA NOCH DURCHBLICKEN?

Artikel 38 Absatz 2 des Grundgesetzes lautet: "Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt."

Im Februar 2020 scheiterte der vorerst letzte Versuch, das Wahlalter in NRW abzusenken. Jugendliche sollten mit 16 Jahren das Wahlrecht zur Landtagswahl erhalten. Der Antrag auf Änderung der Landesverfassung fand nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, CDU, AfD und FDP stimmten dagegen.

Das Thema ist jetzt auf Bundesebene wieder "in". In Kürze wird auch in NRW die Koalition einen neuen Anlauf starten – denn Grüne und CDU haben es im Koalitionsvertrag so vereinbart: Neben dem Kohleausstieg 2030, sage und schreibe 1000 neuen Windrädern bis 2027, Solardachpflicht und deutlich mehr Radwegen steht dort die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bis zur nächsten Landtagswahl. Die CDU von Ministerpräsident Wüst wird keine Gegenwehr mehr zeigen, auch die FDP ist inzwischen umgeschwenkt. Anders als bei utopischen Zielen, wie 1000 Windrädern in Zeiten von Rohstoff- und Personalmangel, lässt sich die Landesverfassung schnell ändern – und so ein "Erfolg" schaffen.

#### Wahlalter bundesweit höchst unterschiedlich geregelt

Der Föderalismus der Bundesrepublik macht es möglich: Das Mindestwahlalter ist in Deutschland sehr unterschiedlich festgelegt. In Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein liegt es für die Landtage bzw. Bürgerschaften bei 16 Jahren. In den anderen Ländern und bei der Bundestagswahl gilt das Mindestalter 18. Bei den letzten Kommunalwahlen in NRW durfte dagegen schon ab 16 gewählt werden.

Der SPD-Antrag von 2020 wurde mit dem politischen Engagement von "rund 300.000 Schülerinnen und Schüler" begründet, die sich deutschlandweit bei "Fridays for Future"-Demos engagierten. Die SPD forderte, der jüngeren Generation müsse die Möglichkeit der direkten politischen Beteiligung gegeben werden.

Auch in NRW haben zuletzt im September wieder tausende junge Menschen ihre Meinung kundgetan – und zwar während der Schulzeit. Denn die Fridays-Proteste müssen schon namensbedingt ausschließlich am Freitagvormittag stattfinden, was den von Lehrern und NGOs animierten Schülern auch das Label "FFF-Schulschwänzer" einbrachte.

#### Schulschwänzer mit 16 Jahren wählen lassen?

Warum ist die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nun falsch? Aus taktischen Gründen wird hier primär nach passenden Wählerstimmen geschielt. Grüne und SPD erhoffen sich Wähler, die in ihrem täglichen – insbesondere schulischen – Umfeld stark linksgrün geprägt wurden. Das ist übrigens



kein Hirngespinst, sondern zeigte sich erneut bei der Juniorwahl 2021, wo die Grünen ein überproportional gutes Ergebnis von über 20 Prozent erzielten.

Eine stärkere Repräsentanz der Bedürfnisse junger Menschen ist gut und wichtig. Mit Wahlen ab 16 wird aber eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen nur vorgeschoben, denn die drängenden Themen der deutschen Jugend werden weiterhin nicht angepackt. Alle gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen laufen auch auf Landesebene nur auf eine zukünftige Extrembelastung der jungen Generation durch Verschuldung, Migration und Bildungsmisere hinaus. Anstatt die jungen Staatsbürger auf das deutsche "Schneeball-Rentensystem" vorzubereiten, das sie bald mittragen sollen, trichtern ihnen Klimahysteriker ein apokalyptisches Szenario ein, das nie Realität werden wird.

#### Immer wieder neue Rosinenpickerei

Zudem werden bei allen Überlegungen zum Wahlrecht immer nur die passenden Rosinen herausgepickt: Was bei derartigen Überlegungen immer fehlt, ist die gleichzeitige Reform des Strafrechts.

Denn als mündiger junger Staatsbürger darf man dann nicht nur mit 16 wählen, sondern sollte bei Strafverfahren auch als vollverantwortlicher Erwachsener behandelt werden. Gerade auf linksgrüner Seite wird immer wieder auf eine vermeintliche Infantilisierung junger Erwachsener hingewiesen, um etwa das Jugendstrafrecht im Regelfall bis zum 21. Lebensjahr anzuwenden oder eine Jugendamtsbetreuung über die Volljährigkeit hinaus einzufordern. Angeblich sind junge Menschen erst mit Mitte zwanzig reif genug, sich um ihre eigenen Belange zu kümmern. Bis dahin seien viele Menschen charakterlich ungefestigt und bräuchten besondere Nachsicht und Fürsorge des Staates. Wenn das denn zutrifft, lässt sich nicht rechtfertigen, die Bürger noch früher über die künftigen Verhältnisse in unserem Land bestimmen zu lassen. Dafür sind falsche politische Weichenstellungen, etwa die Gefährdung unserer Energieversorgung oder eine von irrwitzigen Klimazielen geleitete Verkehrswende, viel zu wichtig, als aus einem Wahlgang eine nicht ganz ernst gemeinte Veranstaltung zu machen, die man alle paar Jahre abhalten kann.

Die AfD-Fraktion NRW wird daher Bestrebungen zur Absenkung des Wahlrechts mit guten Argumenten entgegentreten, erkennbare Absichten der Altparteien aufdecken und auf die Gesetzessystematik hinweisen. Ein Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre ist der falsche Weg. Angesichts der vorherrschenden Großkrisen drängt sich der Verdacht auf, dass auch diese Initiative Ausdruck einer Verweigerung ist, sich der elementaren Fragen unseres Landes anzunehmen. Unsere Koalitionäre wissen sowohl auf Landes- als auch Bundesebene, dass die Bruchstellen einer jahrelang fehlgeleiteten Politik kaum positives Handeln und Gestaltung mehr zulassen. Daher wird nur noch reine Symbolpolitik betrieben, sei es die Absenkung des Wahlalters oder die Bekämpfung von sogenannter "Periodenarmut" - was nichts anderes bedeutet als die kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln für jedermann im öffentlichen Raum. Die grundlegenden Missstände in unserem Land bleiben so wie bei einem Schwelbrand unangetastet und werden weiter in die Zukunft vertagt - zulasten der nächsten Generation.



Die AfD ist erneut in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen und aktuelle Umfragen zeigen: Bei einem Wahltermin im Herbst hätten noch viel mehr Bürger auf uns gesetzt!

Immer weniger Menschen akzeptieren schließlich, von den Grünen zu reinen Kollateralschäden eines längst verlorenen Wirtschaftskriegs erklärt zu werden. Sie möchten nicht Weihnachten im Dunkeln frieren, weil die Ampel-Parteien stur um den Weiterbetrieb funktionsfähiger Kernkraftwerke feilschen. Und sie erleben, dass Inflation eben kein Kurzzeitereignis ist, sondern hohe Lebensmittel- und Energiekosten ungebremst ihren Restwohlstand verzehren.

Als AfD bieten wir konstruktive Lösungen, die alle anderen Fraktionen nicht einmal denken können, ohne eigenes Versagen einzugestehen: 20 Jahre Stromverknappung durch die "Energiewende", Klimawahn bis in die Landwirtschaft und monatelange Lockdowns bei gleichzeitiger Flutung des Marktes mit Billionenbeträgen bilden den perfekten Sturm, der sich nun besonders heftig entlädt.

Unter Hendrik Wüst hat die CDU ihre konservativen Restbestände wie Krümel an der Krawatte weggeschnippt. Politik, die den Problemen der Menschen ohne rotgrüne Brille ins Auge schaut, wird es somit auch in den nächsten fünf Jahren nur von einer Fraktion geben: Ihrer Alternative für Deutschland.

#### **Dr. Martin Vincentz**

#### Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie stellv. Sprecher für Sportpolitik

DR. MARTIN VINCENTZ SCHWANG DEN DEGEN AUCH SCHON AUSSERHALB DES LANDTAGS. DER 36-JÄHRIGE ARZT WAR JAHRELANG ERFOLGREICHER FECHTER

Als Degenfechter ist Martin Vincentz (36) auch im politischen Gefecht für äußerste Präzision gefürchtet. Seine Treffer bemerkt man jedoch nicht am Geschrei der Gegenseite – sondern an ihrem betretenden Schweigen. Besonders bei Themen wie Lockdowns, Impfpflicht und Inzidenzirrsinn kann man nach Vincentz' Einlassungen eine Stecknadel fallen hören.

Denn der promovierte Arzt weiß, wovon er spricht. So versteht er auch, dass das schwerkranke Gesundheits- und Pflegesystem mit politischer Symptombehandlung nicht zu kurieren ist. Wahre Wertschätzung ist für ihn stattdessen die beste Medizin. Vielleicht liegt es am hippokratischen Eid, den Vincentz einst leistete, dass sich der Krefelder auch als Politiker seiner Verantwortung für das Wohl der Menschen zu jeder Zeit ganz genau bewusst ist.

Dr. Martin Vincentz studierte Humanmedizin in Köln und erhielt 2013 seine Approbation als Arzt. Während seiner Promotion arbeitete er als Assistenzarzt in der Inneren Medizin in Krefeld. 2017 zog er erstmals in den Landtag ein. Seit 2019 ist er Facharzt für Allgemeinmedizin. 2022 wurde er zum Sprecher des AfD-Landesverbandes NRW gewählt.



ABGEORDNETEN, EINEN
ABGEORDNETEN, EINEN
GEGENSTAND ZUM FOTOTERMIN
EINSTELLUNG ODER IHRE
POLITISC
PERSÖNLICHKEIT UNTERSTREICHT.
DIE VIELFÄLTIGEN
ERGEPNINGEN



ANDREAS KEITH IST WEIN-LIEBHABER. FÜR DEN GEBÜRTIGEN PFÄLZER EIN STÜCK HEIMISCHER KULTUR

#### **Andreas Keith**

**Parlamentarischer** Geschäftsführer

Sprecher für Sportpolitik und Forstwirtschaft, stelly. Sprecher für Verkehr. Obmann im Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe

Als Ex-Leistungssportler schmerzt Andreas Keith (55) der miserable Zustand des deutschen Breitensports besonders. Statt für Prestigeveranstaltungen wie Olympia an Rhein und Ruhr kämpft er daher lieber für gut ausgestattete Vereine, moderne Sportstätten und den Erhalt der Schwimmfähigkeit.

Weil der Vereinssport für den Leverkusener Herzenssache ist, ärgert ihn umso mehr, wie die Corona-Maßnahmen das Ehrenamt schwächten. Denn von allen Werten, die er erhalten möchte. bedeutet ihm Dankbarkeit am

Das zeigt sich auch in seinem Bezug zur Natur. Windindustrie im Wald findet Keith pervers. Wer das Klima retten will, solle erstmal lernen, die eigene Umwelt zu schätzen. Nicht nur im Untersuchungsausschuss zur Flutkatastrophe plädiert er daher für die Anpassung an den Klimawandel, nicht dessen so aussichts- wie rücksichtslose Bekämpfung.

Andreas Keith ist gelernter Forstwirt und Forsttechniker. Nach verschiedenen Anstellungen und der Übernahme des elterlichen Betriebs war er 2013 AfD-Gründungsmitglied. 2017 zog er erstmals in den Landtag ein, wo er seitdem parlamentarischer Geschäftsführer ist.

Wer Hilfslieferungen in die Ukraine bringt und dennoch von Pöbel-Botschafter Andrij Melnyk beschimpft wird, macht irgendetwas richtig. Dabei folgt Sven Tritschler (41) meistens nur seinem Instinkt. Was kann er schon dafür, dass der ihn stets an die wunden Punkte der anderen führt?

Ob im Fernsehen, im Netz oder in der Zeitung: Tritschlers Thema ist die Meinungsfreiheit. Kein Wunder, dass verstaubte Rundfunkräte und Programmausschüsse lieber das Testbild anschauen als seine Reden: Der Wahl-Kölner macht sich für eine radikale Schrumpfkur und Demokratisierung des Staatsfunks stark. Allein dreimal musste sich der Landtag wegen ihm mit der Beugehaftpraxis des WDR für GEZ-Rebellen befassen.

Zum Glück verlässt den früheren Bundesvorsitzenden der Jungen

#### Sven W. Tritschler

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Medien und Digitales sowie für Europa- und Kommunalpolitik sowie stellv. Sprecher im Hauptausschuss

Alternative bei all dem nur selten der Humor. Wie hätte er auch sonst im Kölner Rat jahrelang das Kommando der einzigartigen Henriette Reker ertragen können?

Sven Tritschler wuchs in der Schwarzwaldstadt Waldkirch auf. Nach der Bundeswehrzeit mit Einsatz in Bosnien-Herzegowina begann er ein Studium der Rechtswissenschaften und arbeitete selbstständig im Bereich Marketing. 2017 zog er erstmals in den Landtag ein.



SVEN TRITSCHLER IST GROSSER FAN DES US-PRÄSIDENTEN DONALD TRUMP. DIE SELTENE WEISSE KAPPE TRUG ER BISHER NOCH NICHT IM PLENUM



ENXHI SELI-ZACHARIAS LIEBT ES, IN IHRER FREIZEIT ZU LESEN. MICHEL HOUELLEBECQS "UNTERWERFUNG" IST EINES IHRER LIEBLINGSBÜCHER

#### Enxhi Seli-Zacharias

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Integration sowie für Gleichstellung und Frauen

Eine gebürtige Albanerin, die Deutschland liebt und die Ausbreitung des Islams als Gefahr für unsere Rechts- und Werteordnung bewertet? An Enxhi Seli-Zacharias (29) beißen sich die Vertreter der Altparteien im Integrationsausschuss fortan die Zähne aus.

Die Gelsenkirchenerin ist schließlich der lebende Beweis dafür, dass man als Migrantin in Deutschland auch ohne milliardenschwere Integrationsindustrie seinen Weg finden kann. So betonte sie

in ihrer ersten Plenarrede gleich wesentliche Unterschiede früherer Einwanderergenerationen zu vielen heutigen Zuwanderern, z.B. den Leistungswillen und die Loyalität zu unserem Rechtsstaat.

Seli-Zacharias bringt aber auch iede Diskussion über die Frauenquote zum Verstummen. Frausein als Karrierenachteil zu betrachten. ist für sie linker Quatsch. Genau deshalb mischt sie ab jetzt auch die sogenannte Gleichstellungspolitik auf.

Enxhi Seli-Zacharias ist in Tirana, Albanien, geboren und kam im Alter von sieben Jahren nach Deutschland. Die studierte Politikwissenschaftlerin arbeitete als Referentin für Schulpolitik und sitzt seit 2020 für die AfD im Rat der Stadt Gelsenkirchen sowie im Integrationsrat. 2022 zog sie in den Landtag ein.

Sonntagabend auf den Bus warten, um den Apotheken-Notdienst zu erreichen? Für den dreifachen Vater Klaus Esser (41) wäre das ein Albtraum. Im Verkehrsausschuss (ehrlicher wäre "Verkehrswendeausschuss") repräsentiert er die Lebenswirklichkeit der meisten Bürger, zu der eben das eigene Auto gehört wie das Paddel zum Kanu.

Seine Kinder spornen den Dürener auch tagtäglich an, unsere Heimat vor dem Ausverkauf zu bewahren sowie Kuscheljustiz und Täter-Opfer-Umkehr die Stirn zu bieten, sprich: den Rechtsstaat wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Als erste Amtshandlung machte er sich daher für die hunderttausenden Selbstständigen stark, von denen die schwarz-grüne Landesregierung ausgerechnet in der größten Wirtschaftskrise

#### Klaus Esser

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Verkehrspolitik und für den Hauptausschuss. stelly. Sprecher für Rechtspolitik sowie für Heimat und Kommunales, Mitglied im Petitionsausschuss

tausende Euro "Corona-Hilfen" mit teils rechtswidrigen Verwaltungsbescheiden zurückfordert.

Klaus Esser studierte nach der Bundeswehr Rechtswissenschaften in Köln. Es folgten mehrere Beschäftigungen in Industrie, freier Wirtschaft und Politik. Ab 2020 war er Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle der AfD NRW. 2022 zog er in den Landtag ein.



VERTEIDIGT DAS RECHT IM PARLAMENT GEGEN SEINE AUSHÖHLUNG

#### Markus Wagner



DAS HANDY IST FÜR IHN EIN MUSS. OB FÜR SEINE FAMILIE, SEINE UNTERNEHMEN ODER FÜR DIE BÜRGER: MARKUS WAGNER IST IMMER ZUR STELLE

Innenpolitischer Sprecher sowie stellv. Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ob Clan-Gewalt. Messerkriminalität oder Kindesmissbrauch: Für seine Wähler geht Markus Wagner (58) regelmäßig auch über die Schmerzgrenze. Ohne ihn würden unbequeme Fakten über unverhältnismäßig hohe Ausländer- und Asylgewalt in den Debatten zur Sicherheitspolitik praktisch keine Rolle spielen. Seiner Wühlarbeit ist es zu verdanken, dass die Verzahnung der Grünen mit der linksextremen Szene inzwischen amtlich ist. Und wie kein zweiter mahnt er Regierung und Parlament: Für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, ist die staatliche Kernaufgabe schlechthin!

Markus Wagner ist in Rheinland-Pfalz geboren und lebt in Bad Oeynhausen, wo er seit 1993 eine Einrichtung der Eingliederungshilfe für psychisch erkrankte Menschen betreibt. 2017 zog er erstmals in den Landtag ein. Sprecher für Haushalt und Finanzen sowie für Rechtspolitik und Kultur, stellv. Sprecher für Wissenschaft, Schule und Bildung sowie für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, Mitglied im Petitionsausschuss

Beim Geld hört die Freundschaft auf. Was im Privaten gilt, ist im Umgang mit Steuergeldern umso wichtiger. Der Rechtsanwalt Dr. Hartmut Beucker (60) hat über zwei Jahrzehnte Berufserfahrung im Bereich Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung. Der Wuppertaler klagte auch einmal erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ein männerdiskriminierendes Gesetz und schaut nun der Regierung beim Haushalt auf die Finger.

Dr. Hartmut Beucker studierte Rechtswissenschaften an der Universität Passau und half zwölf Jahre lang als Presbyter, seine Kirchengemeinde zu verwalten. Ebenso lang war er ehrenamtlich als Justiziar und Vizepräsident des DLRG-Landesverbands Nordrhein tätig. Seit 2022 hilft er als Abgeordneter der AfD-Fraktion, NRW vor dem Untergehen zu retten.

#### Dr. Hartmut Beucker



DURSTSTRECKEN GIBT ES IM LEBEN. AUF SEINEN ALLJÄHRLICHEN WANDERUNGEN HAT DR. HARTMUT BEUCKER DAGEGEN DIE FELDFLASCHE DABEI, DIE IHM SEINE ELTERN VOR CA. 50 JAHREN SCHENKTEN

#### Prof. Dr. Daniel Zerbin



PROF. DR. DANIEL ZERBIN IST AUCH AUSSERHALB DES PARLAMENTS EIN HARTER, ABER FAIRER GEGNER. DER 49-JÄHRIGE WAR MEHRFACH DEUTSCHER MEISTER IM THAIBOXEN

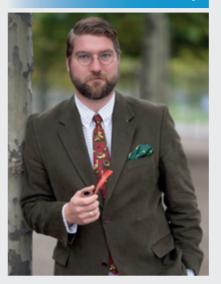
Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses und Sprecher für Wissenschaftspolitik, stellv. Sprecher für Inneres sowie für Europa und Internationales

Als ehemaliger Profi-Kampfsportler weiß Daniel Zerbin (49) ganz genau, wie wichtig Deeskalation ist. Da die Regierung mutwillig viele Probleme, z. B. bei der inneren Sicherheit, immer weiter verschärft, packt der gebürtige Gelsenkirchener jetzt im Landtag mit an, damit endlich Druck vom Kessel kommt.

Wissenschaftspolitisch wird Zerbin nicht nur die Freiheit der Forschung, der Lehre und des Studiums in Nordrhein-Westfalen verteidigen, sondern auch der um sich schlagenden linken Cancel Culture die Stirn bieten.

Prof. Dr. Daniel Zerbin studierte Berufs- und Betriebspädagogik sowie Kriminologie und diente als Offizier der deutschen Militärpolizei. Von 1998 bis 2003 war er mehrfach deutscher Meister im Thaiboxen. Seit 2017 ist er Professor für Kriminalwissenschaften an einer Privathochschule.

#### **Zacharias Schalley**



ZACHARIAS SCHALLEY IST PFEIFENRAUCHER AUS ÜBERZEUGUNG

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländlicher Raum sowie für Familie, Kinder und Jugend, stellv. Sprecher für Gleichstellung und Frauen, Obmann im Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch

Wenige verkörpern, dass Umweltschutz heute blau ist statt grün, so sehr wie Zacharias Schalley (31). Als Burschenschafter ist Heimatliebe für ihn schließlich das Normalste der Welt. Naturschutz und Artenvielfalt liegen ihm da ganz selbstverständlich am Herzen. Nur mit Klima-Voodoo hat er es nicht so. Genau deshalb sind wir aber heilfroh, dass der alteingesessene Meerbuscher fortan für uns im Landtag Natur und Bauernstand vor den Grünen verteidigt.

Zacharias Schalley studierte Geschichts- und Politikwissenschaften und hat einen Master of Arts in Geschichte. Ab 2017 arbeitete er u. a. für die AfD-Landtagsfraktion im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Missbrauchsskandal "Lügde". 2022 zog er in den Landtag ein.

## Sprecher für Schule und Bildung sowie für Bauen, Wohnen und Digitalisierung, stellv. Sprecher für Familie, Kinder und Jugend

Carlo Clemens (33) beweist, was aus einem werden kann, wenn man in der Schule aufpasst, statt freitags fürs Klima zu schwänzen. Der Sohn einer Filipina kämpfte sich erst an die Universität und dann bis in den AfD-Bundesvorstand vor. Im Landtag will er jungen Menschen nun die Augen für die rot-grün verbockten Probleme des Bildungssystems öffnen. Baupolitisch setzt er sich für mehr Wohneigentum ein. Denn während manche Grüne in seinem Alter noch an der Uni Scheine jagen, hat Clemens als verheirateter Vater den Wert der eigenen vier Wände längst persönlich zu schätzen gelernt.

Carlo Clemens studierte Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften in Köln und Paris. Es folgten Tätigkeiten als freier Publizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er war Bundessprecher der Jungen Alternative und ist Beisitzer im Bundesvorstand der AfD.

#### **Carlo Clemens**



CARLO CLEMENS ERINNERT SICH GERN MIT EINEM FOTO AN DEN MOMENT SEINER WAHL IN DEN AFD-BUNDESVORSTAND

#### **Christian Loose**



CHRISTIAN LOOSE LIEBT POLITIK NACH MASS UND FÜHRT DESHALB STETS EINEN ZOLLSTOCK MIT SICH

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, stellv. Sprecher für Haushalt und Finanzen sowie für Integration

Hart, aber herzlich: So wie man sich im Ruhrpott versteht, so macht der Wahl-Bochumer Christian Loose (47) auch Politik. Seine Zielgruppe ist eine von den Altparteien vergessene Spezies: die Malocher, ganz normale Arbeiter. Niemand leidet mehr unter den Folgen von "Energiewende" und "Klimarettung". Den verheerenden Irrsinn dieser Ideologien veranschaulicht der gebürtige Ibbenbürener am Rednerpult schon mal mithilfe eines Zollstocks. Der politische Gegner hingegen bringt besser einen stabilen Regenschirm mit – denn wenn Christian Loose spricht, ziehen schnell Faktengewitter auf.

Diplom-Kaufmann Christian Loose ist gelernter Bankkaufmann und arbeitete als Controller bei einem Energiekonzern, bis er 2017 erstmals für die AfD in den Landtag einzog.



## NACHTRAGSHAUSHALT 2022 Die Grünen regieren!

Die Landtagswahl im Mai hat eine neue Regierung aus CDU und Grünen hervorgebracht. Diese "Zukunftskoalition" hebt das Haushaltsvolumen um fast 900 Mio. Euro auf 88.4 Mrd. Euro an. Neue Schulden werden keine gemacht, aber auch nur, weil der Bürger brutal über die Inflation gemolken wird.

Die CDU stellt als stärkste Fraktion (35 Prozent) weiterhin den Ministerpräsidenten. Das heißt aber nicht, dass sie die Richtlinien der Politik vorgeben würde: Die Grünen hatten zwar nur 18 Prozent bei der Wahl erzielt, sind aber ausweislich des Koalitionsvertrages die eigentliche Regierungskraft. Deshalb war die Überraschung nicht groß, dass der Nachtragshaushalt dieses grüne Politikverständnis wiedergibt.

Nachtragshaushalte sind nach Wahlen nicht selten, insbesondere wenn die Regierung abgewählt wurde.

Die FDP, Steigbügelhalter für Rot-Grün im Bund, ist zum Glück

auch in NRW abgestraft worden. Die CDU ist gerne eine Koalition mit den Grünen eingegangen, um sich dem linksgrünen, überall Diskriminierung witternden Denken zu unterwerfen. Im Landtag NRW gibt es eine klare Mehrheit gegen Rot-Grün von 100 zu 95. In den "bürgerlichen" Fraktionen CDU und FDP hat man aber Angst vor dem vielleicht unangenehmen, aber wahrscheinlich auch nur kurzen Aufschrei der linksgrünen Meinungsmacher in diesem Land, wenn man mit der AfD zusammenarbeiten würde – man kollaboriert lieber mit dem grün-roten Zeitgeist.

Der Nachtragshaushalt ist ein nicht besetzen lassen. Ausdruck linksgrünen Denkens mit 200 Millionen Euro für den sogenannten Klimaschutz. In Stellenschaffungsparty wurden 1521 neue Stellen plus zusätzliche Kommissar-

anwärterstellen geschaffen. Die Bezirksregierungen bekommen 289 neue Stellen für sogenann-

Transformationsprozesse "Klimaanpassung und Energiewende"! Jeder weitere Kommentar erübrigt sich. Aufgrund der Neubildung der Landesregierung werden 54 Stellen im unmittelbaren Umfeld der Minister geschaffen. Natürlich gibt es Positionen, für die ein neuer Minister besondere Vertrauensleute aussuchen soll. Aber wozu dann neue Stellen in Ministerien ohne Wechsel an der Spitze? Es werden auch noch 126 weitere Fachstellen in den Ministerien geschaffen. Zudem sollen 1000 neue Lehrerstellen für Kinder aus der Ukraine geschaffen werden - obwohl sich aktuell viele Stellen mangels Personal gar

Ieder klar denkende Mensch merkt, wo die Reise hingehen soll: in die Öko-Staatswirtschaft, wunderbar geplant von irgendwelchen grünen Bürokraten, am

besten mit Kaderschulung in der Grünen Jugend und Fridays for Future. Die zentrale Planung einer Volkswirtschaft hat nicht in der roten Sowjetunion funktioniert und wird auch nicht in der grünen deutschen Staatswirtschaft zum Erfolg führen.

Die Landesregierung lässt sich dafür feiern, dass sie auf Entnahmen aus dem schulden-Corona-Sonderfinanzierten vermögen zur Finanzierung Steuermindereinnahmen verzichtet, die Anfang 2022 ge-

Die Bezirksregierungen bekommen 289 neue Stellen für sogenannte Transformationsprozesse "Klimaanpassung und Energiewende"

plant waren. Die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer für Unternehmen werden zwar um 106 Mio. Euro geringer ausfallen, als bei der Aufstellung des Haushalts 2022 geplant war. Die Steuereinnahmen steigen aber insgesamt, in erster Linie massiv durch die Umsatzsteuer. Die etablierte Politik hat die Ursachen für die Inflation mit ihrer Rettungs- und Geldpolitik für den Euro gelegt. Sie hat eine Misere geschaffen und lässt sich auch noch für die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen feiern. Das wird natürlich nicht auf Dauer Bestand haben, weil so das Vertrauen in die Währung endgültig zerstört wird.

Zu guter Letzt muss man die neue Koalition auch einmal dafür loben, dass sie mit 400 zusätzlichen Stellen bei der Polizei die Gesamtzahl der Kommissaranwärter in diesem Jahr auf 3000 erhöht. Damit setzt sie AfD-Politik um: Unsere Fraktion hatte diese Forderung bereits Ende 2021 bei den Beratungen für den Haushalt 2022 aufgestellt. Keine andere Fraktion hat damals zugestimmt. Keine andere Fraktion hat jetzt diesen Personalaufbau kritisiert. Der Polizei-Stellenzuwachs wurde von allen gelobt. Dass richtige Vorschläge nur abgelehnt werden, weil sie von der "bösen" AfD kommen, zeigt die Erbärmlichkeit des Altparteienkartells. Man kann nur hoffen, dass das ganze Land bald sieht,

dass unsere Vorschläge die richtigen für Deutschland sind. Leider haben wir ja im Nachhinein fast immer Recht, wie es jetzt wieder die Energie- und Inflationskrisen zeigen.

#### Man will dieses Land wie die gesamte Republik in den wirtschaftlichen Abgrund verwalten

Der Haushalt 2023 gibt der neuen Regierungskoalition die Chance, den ersten richtigen Aufschlag ihrer grünen Politik in Zahlen zu machen. Der Nachtragshaushalt lässt nichts Gutes ahnen: mehr Klimawahnsinn und Deindustrialisierungsprogramme begleitet von einem Bürokratenheer. Man will dieses Land wie die gesamte Republik in den wirtschaftlichen Abgrund verwalten. Die AfD-Fraktion NRW wird sich entschieden dagegenstellen. Wir bleiben die laute Stimme für Realität und Vernunft im Landtag von Nordrhein-Westfalen!





# DAS EIGENTLICHE PROBLEM mit den Grünen

Doppelmoral und anderen vorzuschreiben, was sie zu tun haben, das gehört zur politischen DNA der Grünen. Die damalige Fraktionschefin Göring-Eckardt meinte 2015 zur Flüchtlingskrise: "Ich habe vorgeschlagen, dass, wer Platz und die Zeit hat, eine freie Wohnung (...) zur Verfügung stellen kann. Mir selbst ist das leider nicht möglich, da ich das nicht habe und es fehlt die Zeit zur Betreuung." Ihr selbst ist das also nicht möglich, aber dem Bürger, der sie bezahlt, dem soll das möglich sein - Betonung auf "soll". Nun heißt es von Politikern von CDU, SPD, Grünen und FDP: "Wir haben Platz!"

Natürlich meinen die Politiker nicht, dass sie selber Platz hätten und die Kosten privat übernehmen würden, nein, wo kämen wir denn hin? Sie als Bürger sollen das bezahlen. Sie haben Platz! Sie haben Platz zu haben! Und da haben wir das eigentliche Problem: nicht die Minderheit der Grünen selbst, sondern dass ihnen Schwarze, Rote und Gelbe zur Regierungsverantwortung verhelfen. Jede Stimme für CDU, SPD und FDP ist eine Stimme für die Grünen in der Regierung. Erst dadurch wird ihr krudes Gedankengut wirklich relevant - wir erleben das gerade durch die schwarzgrüne Koalition in Nordrhein-Westfalen.

Diese Parteien, die sich so gern als die einzig Kompetenten, die einzig wahren Demokraten darstellen, gerade auch hier im Landtag, übernehmen nicht nur das Programm, sondern auch den Stil der Grünen. Wir haben das bei Habecks Gaspreisbremse erlebt, die auch FDP und SPD wie inkompetente Dilettanten aussehen ließ. Nachdem Habeck die Expertenberichte zur Notwendigkeit der Kernkraft einfach umdeutete, kam tags darauf heraus, dass auch die Sozialdemokratin Nancy Faeser - die auch für Antifa-Blätter schreibt - Berichte frisiert, nämlich zur illegalen Migration. Ihnen ist gemein, dass ihre Träume von einem Multikulti-Bullerbü von der Wirklichkeit gestört werden - und sie das partout nicht zulassen wollen.

Es ist das Grundproblem linker Politik, dass für sie erst die Idee, der Plan besteht, dem die Menschen sich dann unterzuordnen haben – angeblich zu ihrem Besten. Wir haben das im Sozialismus erlebt: Die Idee, dass alle gleich sein sollen, funktionierte nur so, dass es allen gleich schlecht ging, sieht man mal von den Machthabern ab. Anstatt das zu ändern, baute man

lieber Mauer und Stacheldraht, damit diesem Paradies ja keiner entfliehen konnte.

#### Für alles haben sie wahrheitsunterdrückende Schimpfwörter parat

So ändern auch die Grünen nicht ihre Meinung zur Migration, sondern versuchen in den von ihnen dominierten Medien das Thema zu verschweigen und, wo das nicht geht, zu framen. Und wenn das immer noch nicht reicht, werden die realistischen Kritiker beschimpft und gecancelt. Für wen Menschen mit XX-Chromosomen Frauen und mit XY-Chromosomen Männer sind, der ist transphob. Wer die Migration regeln und steuern will: ein Rassist. Für alles haben sie wahrheitsunterdrückende Schimpfwörter parat. Das mag für sich genommen schon ziemlich irrsinnig sein, allerdings hält jede Gesellschaft eine Minderheit von Politverrückten aus. Zu einem schwerwiegenden Problem wird es dann, wenn man diesen Leuten zur Mehrheit verhilft und ihre Politik mitmacht. So wie Hendrik Wüst in Nordrhein-Westfalen, trotz einer eigentlich vorhandenen bürgerlichen Mehrheit unter Einschluss der AfD. Das tatsächliche Problem sind also CDU, SPD und FDP.

# BLICKWINKEL | NR. 9 | WINTER 2022/23 ZETTLER

# RUNDFUNK IN Seenot



Sven W. Tritschler, MdL Stellv. Fraktionsvorsitzender Sprecher für Medienpolitik

Der WDR-Intendant Tom Buhrow, der mit einem Jahresgehalt von 400.000 Euro bestbezahlte Repräsentant des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, spricht davon, dass die vermeintlich staatsfernen deutschen Staatssendeanstalten "aus dem bisherigen System ausbrechen" müssen, und stellt sogar den Fortbestand von ARD und ZDF zur Disposition. Das Wasser muss schon hoch stehen in den Maschinenräumen der Vergnügungsdampfer WDR, SWR, RBB und Co.

Buhrows überraschender Reformanstoß schlug hohe Wellen, auch wenn sein Vortrag im Hamburger Übersee-Club ausdrücklich als "Privatmeinung" deklariert wurde.

In den Führungsetagen des mit einem Gesamtbudget von rund 9 Milliarden Euro teuersten quasistaatlichen Rundfunks der Welt scheint langsam die Erkenntnis durchzusickern, dass die eigene Existenz auf dem Spiel steht. Buhrow weiß, wovon er spricht: Im August 2022 musste er den ARD-Vorsitz übernehmen, nachdem Patricia Schlesinger vom RBB auf der Position unhaltbar geworden war.

Die Affäre um den verschwenderischen Umgang mit Boni, Dienstwagen, Massagesesseln und Luxusdiners war sogar den skandalerprobten Kollegen beim Rundfunk zu viel. Wie es dazu kommen konnte, wird ein Untersuchungsausschuss auf Antrag der brandenburgischen AfD-Fraktion nun untersuchen. Die Altparteien in Berlin und Brandenburg hätten dagegen lieber den Mantel des Schweigens ausgebreitet.

Allgemein möchte man bei CDU, SPD, FDP und Grünen ungern am wuchernden öffentlich-rechtlichen Rundfunk rühren. Friedrich Merz und Christian Lindner reden zwar gerne in Talkshows davon, aber in den Parlamenten

und Staatskanzleien wird eisern am Status quo festgehalten. Reformvorschläge der AfD sind ausnahmslos abgeblockt worden

Das könnte sich jetzt rächen. O-Ton Buhrow: "Mein fester Eindruck ist: Deutschland scheint uns in zehn Jahren nicht mehr in dem Umfang zu wollen – und auch finanzieren zu wollen wie heute."

Tatsache ist: Deutschland will das schon heute nicht mehr. Eine INSA-Umfrage für die AfD-Fraktion NRW ergab schon 2021, dass eine Zweidrittelmehrheit der Bürger in NRW sich eine Abschaffung oder zumindest Verkleinerung des Gebührenfunks wünscht. Neuere Umfragen, die auch die Auswirkungen der RBB-Affäre berücksichtigen, weisen noch deutlicher in diese Richtung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat schon heute eine übergroße Mehrheit der Bürger gegen sich.

Das ist zum Teil eine Auswirkung von verändertem Medienkonsumverhalten: Während ältere Zuschauer den altbekannten Sendern treu bleiben, schauen die jüngeren Generationen längst woanders. Auch eine Inflation von Social-Media-Kanälen der Öffentlich-Rechtlichen konnte diesen Trend nicht ändern.

Quer durch alle Altersgruppen wenden sich aber auch Zuschauer ab, die von der politischen Schlagseite der Sender genervt sind. Auch wenn die Verantwortlichen dem immer widersprechen: Von einem ausgewogenen Programm kann nicht die Rede sein. Dazu genügt ein Blick in die Gästelisten der Polittalkshows: Die AfD-Opposition, flächendeckend in den Parlamenten und bundesweit zweistellig, wird bis auf wenige Ausnahmen ausgespart.

Ob der vorgebliche Reformwillen von Tom Buhrow ernst zu nehmen ist, wird sich zeigen. Die AfD wird jedenfalls weiter Druck machen. Schon 2020 haben wir gemeinsam mit sechs anderen Landtagsfraktionen unser umfassendes Reformpapier "Grundfunk" auf den Weg gebracht. Inzwischen gehört es zur Programmatik der AfD.

Sie möchten mehr über unser Reformpapier "Grundfunk" erfahren? 

Bestellen Sie hier unsere Broschüre dazu: Zuschauer und Beitragszahler haben ebenfalls Möglichkeiten. sich zu wehren: Zahlreiche Initiativen wie zum Beispiel www. rundfunk-frei.de helfen denjenigen, die gerne Sand ins Getriebe der Beitragsmaschinerie streuen möchten.

Für Zuschauer, die inhaltlich nicht mit dem Programm einverstanden sind, sieht das WDR-Gesetz die Möglichkeit der Programmbeschwerde vor. Sie ist an den Intendanten Tom Buhrow zu richten und ist grundsätzlich formfrei. Sie muss allerdings eine Verletzung der Programmgrundsätze des WDR (§ 5 WDR-Gesetz) bemängeln. Dazu gehören: Jugendschutz, Menschenwürde; Achtung vor Freiheit, Leben, körperlicher Unversehrtheit, Glauben, Meinung, religiösen und sittlichen Überzeugungen anderer.

Sie können Ihre Programmbeschwerde richten an: Westdeutscher Rundfunk Köln Publikumsstelle Appellhofplatz 1 50667 Köln Fax: 0221 220 9546

Weiter heißt es: "Der WDR soll die internationale Verständigung, die europäische Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein diskriminierungsfreies Miteinander in Bund und Ländern und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und der Wahrheit verpflichtet sein."

Außerdem soll der WDR sicherstellen dass

- ...1. die Vielfalt der bestehenden Meinungen und der religiösen, weltanschaulichen, politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen im Gesamtprogramm der Anstalt in möglichster Breite und Vollständigkeit Ausdruck findet,
- 2. die bedeutsamen gesellschaftlichen Kräfte im Sendegebiet im Gesamtprogramm der Anstalt zu Wort kommen.
- 3. das Gesamtprogramm nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dient."

Vielleicht fällt Ihnen ja die eine oder andere Stelle im Programm des WDR auf, wo diese Grundsätze nicht so recht befolgt wurden. Dann können Sie dem Intendanten eine Programmbeschwerde per Brief oder Fax zukommen lassen. In den meisten Fällen gibt er dem Zuschauer nicht recht, aber er muss die Entscheidung begründen.

Sie können danach auch Widerspruch einlegen. In dem Fall muss sich der Rundfunkrat mit der Angelegenheit befassen und da sitzt inzwischen auch ein Vertreter der AfD, der sich gerne um Ihr Anliegen kümmert.

Vielleicht sind wir ja gemeinsam der Eisberg, der dem angeschlagenen Dampfer den Rest gibt.

SVEN W. TRITSCHLER, MDL Sprecher für Europapolitik

#### **GRENZ-ERFAHRUNGEN**

#### auf der Balkanroute

Donnerstagnachmittag im Grenzgebiet zwischen Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien. Die bosnische Landschaft erinnert ein wenig an deutsche Mittelgebirge, die Landstraße schlängelt sich zwischen verschlafenen Bauernhöfen hindurch - unerwartet taucht im Wald eine kleine Baracke mit Schranke auf, ein Grenzübergang.

Wenige Kilometer auf der montenegrinischen Seite begegnen uns sechs Taxis. Alle leer. Wer bestellt in dieser gottverlassenen Gegend eine ganze Taxikolonne?

Etwas weiter die Auflösung: ein Lagerplatz auf einer Waldlichtung. Zelte, Lagerfeuer und Müllberge deuten auf mehr als eine kurze Rast hin. Gerade machen sich zwei Dutzend Personen auf

Die Auswirkungen sieht man längst in NRW: Zahlreiche Kommunen klagen über einen Ansturm, den sie kaum noch bewältigen können

den Weg - fast alle junge, südländisch aussehende Männer.

Es wird bald dunkel und der Wegweiser am Waldweg weist nach Norden. Serbien ist näher an Mitteleuropa – die grüne Grenze zwischen den ehemals jugoslawischen Staaten ist nicht befestigt und kaum bewacht. Sie wird die Männer nicht aufhalten.

Einige hundert Kilometer nördlich, an der serbisch-ungarischen Grenze beginnt der EU-Schengen-Raum, in dem keine oder nur oberflächliche Grenzkontrollen stattfinden. Wer diese Grenze überwindet, hat beste Chancen, ungehindert nach Deutschland weiterzureisen.

Allerdings tut der in Brüssel so unbeliebte Viktor Orbán einiges, um sein Ungarn nicht zum Sprungbrett der illegalen Migration zu machen: Er hat einen Grenzzaun errichtet. Als wir Richtung Grenze fahren, folgt uns nach kurzer Zeit ein Geländewagen der Grenzpolizei. Freundlich, aber bestimmt sagt man uns am Zaun, dass wir uns im Sperrgebiet befinden, dass Fotografieren und Filmen nicht gestattet sei.

Also nutzen wir den Grenzübergang und schauen uns den Zaun aus Serbien an. Niemand beachtet uns. Klar, die illegale Migration läuft nur Richtung Ungarn. Was wir auf dem Weg beobachten, erschreckt uns: Hunderte Migranten, fast nur junge Männer, warten in wilden Camps auf ihre Gelegenheit zum Grenzübertritt, sei es über Bahngleise, im LKW, mithilfe korrupter Polizisten oder durch Massenansturm auf den Zaun.

Und wenn alles nicht klappt: Die Schengen-Außengrenze ist nicht überall so gut gesichert wie in Ungarn. Der halbherzige Grenzschutz, das großzügige deutsche Asyl- und Sozialsystem und die lasche Abschiebpraxis sorgen gerade dafür, dass sich auf dem Balkan eine Migrationswelle aufbaut, die 2015 übertreffen könnte und fatalerweise mit einer Fluchtwelle aus der Ukraine zusammentrifft.

Die Auswirkungen sieht man längst in NRW: Zahlreiche Kommunen klagen über einen Ansturm, den sie kaum noch bewältigen können. Schwerte geriet in die Schlagzeilen, weil sich die Verantwortlichen nicht mehr anders zu helfen wussten, als Migranten und Flüchtlinge im Rathaus unterzubringen.

Wir haben uns die Lage auf dem Balkan, von der deutsche Medien kaum berichten, selbst angesehen. Einen Videobericht finden sie auf dem YouTube-Kanal der AfD-Fraktion NRW.



Seit der Kommunalwahl 2020 ist die AfD mit einer eigenen Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland vertreten. Die Landschaftsversammlung mit Sitz in Köln-Deutz ist das politische Kontrollgremium des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), der hauptsächlich kulturelle, soziale und gesundheitspolitische Aufgaben für fast 10 Millionen Einwohner wahrnimmt. So betreibt diese Körperschaft des öffentlichen Rechts, die zwischen der Ebene der Kommunen und des Landes angesiedelt ist, zum Beispiel zahlreiche Museen, Kliniken und Sozialeinrichtungen. Dem LVR mit rund 19.000 Mitarbeitern steht dafür ein Jahresbudget von mehr als vier Milliarden Euro zur Verfügung. Die Besetzung der Landschaftsversammlung spiegelt die parteipolitischen Stärkeverhältnisse der Kommunalparlamente im Rheinland wider. Dadurch konnte die AfD 2020 sieben Mitglieder in das Gremium mit 126 Sitzen entsenden und hinter CDU, SPD und den Grünen die viertgrößte Fraktion stellen.

Gründungsvorsitzender der AfD-Fraktion war Prof. Dr. Ralf Bommermann mit Dr. Hartmut Beucker als Stellvertreter. Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstandes Ende 2021 fand ein Stabwechsel an den neuen Vorsitzenden Yannick Noe und seinen Stellvertreter Jens Schmitz statt.





Während sich das erste Jahr der Fraktionsarbeit schwerpunktmäßig um die Herstellung der organisatorischen und politischen Arbeitsfähigkeit in der Landschaftsversammlung drehte, setzt die AfD-Fraktion im LVR 2022 verstärkt öffentlichkeitswirksame Akzente.

So begann das Jahr mit einem vielbeachteten Symposium zur Impfpflicht im Gesundheits- und Pflegebereich. Besonders der Mediziner Dr. Frank Schnaack konnte hier kritische Akzente setzen, die auch Eingang in reichweitenstarken YouTube-Videos fanden.

Überhaupt legt die Fraktion großen Wert auf den Ausbau eigener Kommunikationskanäle für ihre Öffentlichkeitsarbeit. Neben YouTube sind dies die Internetseite afd-im-lvr.de und die Facebook-Seite www.facebook.com/afdimlvr.

In den Internetauftritt wurde die sogenannte Kommunalplattform integriert, bei der sich inzwischen viele kommunale Mandatsträger registriert haben, um sich mit der AfD-Fraktion im LVR zu vernetzen im Hinblick auf überregional relevante Themen, Anträge und Anfragen.

Flankiert werden diese Online-Aktivitäten von öffentlichen Veranstaltungen und internen Klausur- und Fortbildungstagungen. Neben dem Symposium zur Impfpflicht fand im September auch eine Veranstaltung zum Denkmalschutz statt. Im Kölner Horion-Haus des LVR kamen auf Einladung der AfD-Fraktion rund 50 kommunale Mandatsträger sowie interessierte Bürger zusammen, um insbesondere über die Neufassung des NRW-Denkmalschutzgesetzes zu diskutieren. Aussagekräftige Impulsreferate gab es dabei vom baupolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Carlo Clemens, vom "Vater der Frankfurter Altstadt-Rekonstruktion" Dr. Claus-M. Wolfschlag sowie vom rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten und Kulturpolitiker Martin Schmidt.

Weitere Veranstaltungen dieser Art sind für die Zukunft geplant - und stoßen bei den Seilschaften der Altparteien im LVR kaum überraschend auf wenig Gegenliebe. Denn seitdem die AfD-Fraktion neben der inhaltlichen Arbeit in den Gremien auch vermehrt die Öffentlichkeit sucht, wird der Gegenwind rauer: Neben rechtlich haltlosen Beschneidungsversuchen der Videoarbeit wurde der AfD-Fraktion eine Veranstaltung zur Jugendpolitik kurz vor der Durchführung von der Verwaltung untersagt und erstmals Gremienumbesetzungen durch die Mehrheit der Altparteien verwehrt.

Sichere Anzeichen dafür, dass die Arbeit der AfD inzwischen auch in der Landschaftsversammlung Rheinland als Stachel im Fleisch der Etablierten wahr- und ernstgenommen wird!

#### **IMPRESSUM**

Herausgeber:
AfD-Fraktion im LVR
Irmhild Boßdorf, Geschäftsführerin
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus
50679 Köln
irmhild.bossdorf@lvr.de

V.i.S.d.P.: Yannick Noe (Anschrift siehe Adresse der AfD-Fraktion im LVR)



#### "Fokus auf Fachkompetenz und Öffentlichkeitsarbeit!"

Der 26-jährige Historiker und zweifache Familienvater Yannick Noe ist der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland. Im Interview schildert er seine Erfahrungen in einem Gremium, das der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt ist, aber dennoch großen Einfluss auf die soziale und kulturelle Lebenswirklichkeit vieler Menschen hat.

Herr Noe, die AfD ist seit Ende 2020 mit sieben Mitgliedern im Gremium vertreten. Was ist der politische Anspruch der Fraktion?

Yannick Noe: Unser Anspruch ist, Sachpolitik zu betreiben mit qualifizierten Fraktionsmitgliedern und sachkundigen Bürgern. Ich würde sogar behaupten, dass wir als Fraktion noch nie eine Position ohne entsprechende Facheignung besetzt haben. Durch unsere moderne und hochwertige Medienarbeit machen wir auf die AfD-Positionen aufmerksam und wir wollen Anwalt der Bürger sein, wenn es um Steuerverschwendung geht.

Welche Meilensteine konnten in den letzten beiden Jahren und insbesondere im Jahr 2022 erreicht werden?

Yannick Noe: Besonders stolz sind wir auf unsere Veranstaltungsreihe zur Impfpflicht und zum neuen Denkmalschutzgesetz, jetzt im Dezember 2022 auf unseren Gesundheitskongress. Unsere YouTube-Videos, allen voran die unseres gesundheitspolitischen Sprechers, Dr. Frank Schnaack, wurden hunderttausendfach abgespielt. So muss es weitergehen!

Wie bewerten Sie den politischen Umgang mit den anderen Parteien in einem Gremium, das nicht ständig im Fokus der Öffentlichkeit steht?

Yannick Noe: Die anderen Parteien haben es sich gemütlich gemacht. Wir als AfD-Fraktion wollen dagegen Missstände aufdecken und den Finger immer wieder in die Wunde legen. Das passt den "alten Hasen" im LVR natürlich gar nicht.

In der Landschaftsversammlung Rheinland werden vor allem soziale, gesundheitspolitische und kulturelle Themen behandelt und verwaltet. So betreibt der LVR zahlreiche Kliniken, Museen, Schulen oder Sozialeinrichtungen. Wie kann sich gerade die AfD in diesem Themenumfeld einbringen und profilieren?

Yannick Noe: Wir als AfD-Fraktion haben die Chance, die soziale Ader der AfD herauszustellen und klar zu signalisieren, dass wir zu Themen wie Impfpflicht, Pflege und Behindertenhilfe eine fundierte Meinung haben. Dadurch werden wir als Partei ganz anders wahrgenommen, als es oft leider in den Medien der Fall ist. Das bietet die große Chance, dass die Bürger uns von einer neuen Seite entdecken können.

Zum Abschluss noch etwas Persönliches: Wie kommt es eigentlich, dass man bereits in so jungen Jahren so viel Zeit und Energie in Politik steckt, und dann auch noch in einer so "umstrittenen" Partei wie der AfD?

Yannick Noe: Mein Engagement in der AfD ist mir seit Januar 2014 eine Herzensangelegenheit. Das war ja sogar noch vor der Flüchtlingskrise, den Corona-Freiheitsbeschränkungen und dem Energie-Embargo gegen Russland. Man könnte also zu dem Schluss kommen, dass es mir wirklich ernst sei mit der AfD und der patriotischen Bewegung. Und genau so ist es. Als überzeugter Patriot möchte ich mich später nicht von meinen Kindern fragen lassen, wo ich war, als die Altparteien unser Land zugrunde richteten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das ganze Interview lesen Sie auf: www.afd-im-lvr.de

oder unter diesem QR-Code 🗦





# ... ZUM PROPHETEN MUSS Die Imam-Ausbildung in Nordrhein-Westfalen



Prof. Dr. Daniel Zerbin, MdL Sprecher für Wissenschaftspolitik

Keine Frage wird in den nächsten Dekaden so relevant für NRW sein wie die originale Gretchenfrage: "Nun sag', wie hast du's mit der Religion?" Aufgrund der Demografie und der unkontrollierten Einwanderung wird der Islam, die militanteste der drei monotheistischen Religionen, eine entscheidende Rolle in unserer Heimat spielen. Um die Herausforderungen nur halbwegs zu bewältigen, ist es zwingend notwendig, dass in Deutschland ein grundgesetzkonformer Islam gelehrt wird.

Wenn es nach dem Willen des türkischen Präsidenten Erdogan gehen soll, wird aber der Berg weiter zum Propheten kommen! Der riesige Bedarf an islamischer Theologie in Deutschland soll weiter durch die türkische Auslegung gedeckt werden. Dabei hat die heutige Türkei mit Atatürks laizistischem Staat nur noch wenig gemeinsam.

In einem Überrumpelungsmanöver schlug Erdogan Bundeskanzler Scholz Anfang 2022 vor, die Imam-Ausbildung durch die Türkisch-Deutsche Universität (TDU) in Istanbul durchzuführen. Die TDU mit ihrem zweifelhaften Ruf wird zum Teil vom deutschen Steuerzahler finanziert! Die Intention des türkischen Vorstoßes könnte sein, das mit grundlegenden Aufgaben völlig überforderte deutsche Politik-Establishment in der aktuellen günstigen Lage zu überrumpeln und die Auslegung des Islams in deutschen Moscheen langfristig durch die neue "Hohe Pforte" am Bosporus zu diktieren.

Rund 90 Prozent der Imame in Deutschland stammen aus dem Ausland, insbesondere der Türkei. Die aus deutscher Sicht problematische, vom türkischen Staat voll kontrollierte Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) spielt dabei eine fatale Rolle. Die DITIB hat ihren Sitz und ihre Zentralmoschee in Köln, also in NRW. Die beschriebene Situation kann nicht zufriedenstellend sein.

#### Was unternimmt der Landtag diesbezüglich?

Im März 2021 befasste sich der Landtag mit der Ausbildung der Imame in NRW. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung wurde vom Landtag beauftragt den Aufbau einer Imam-Ausbildung zu prüfen, "um die Beschäftigung von in Deutschland ausgebildeten und auf dem Boden

des Grundgesetzes stehenden islamischen Geistlichen voranzutreiben". Vor allem das Zentrum für Islamische Theologie der Universität Münster sollte als Ausbildungsstätte einen Studiengang erhalten. Gerade hier scheint die Bedrohung für eine radikale Auslegung des Islams zu liegen. Die Verbreitung eines grundgesetzkonformen Islams, der den Koran nicht als 100 Prozent Gottes Wort, sondern als menschengemacht sieht, käme einer theologischen Revolution gleich. Die Initiative der Türkei, die Ausbildung der Religionsgelehrten an einer Universität in Istanbul zu forcieren, könnte lediglich ein Versuch sein, diesen Prozess in Deutschland zu konterkarieren.

Hat die deutsche Politik diese Problematik erkannt? Welche Fortschritte hat die Imam-Ausbildung in NRW vorzuweisen, um einen grundgesetzkonformen Islam in Deutschland zu etablieren?

Die AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen hat hierzu Fragen an die neue Regierung gestellt und wird diese Thematik in den nächsten Jahren weiter verfolgen und kritisch hinterfragen.



IWAR MATERN

# DER HUNGERWINTER 1946/47

Während der ersten beiden Nachkriegsjahre bestimmten Hunger und Kälte den Alltag der Deutschen. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Kraftund Heizstoffen brach weitgehend zusammen, Strom musste rationiert werden. Es herrschten Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. In Ballungszentren wie dem Ruhrgebiet kam es sogar zu Hungerdemonstrationen. Und in Großstädten wie Köln oder Düsseldorf fehlte es bei rekordverdächtigen Minusgraden an dringend benötigtem Wohnraum. Die alliierten Luftangriffe hatten die spätere Landeshauptstadt in Schutt und Asche gelegt, nur 7 Prozent der Wohnhäuser überstanden den Krieg unbeschädigt. Viele Stadtbewohner hausten auch zwei Jahre nach dem Kriegsende in Ruinen oder Baracken. Mangelerkrankungen, Tuberkulose und Typhus hatten bei der frierenden und hungernden Bevölkerung ein leichtes Spiel. Deutschlandweit überlebten Schätzungen zufolge mehrere Hunderttausende den Hungerwinter nicht.

Die Ursachen dieser Katastrophe liegen nicht allein im Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Im Krieg waren keineswegs alle Werksanlagen zerstört worden. Das Leistungspotenzial der Industrie lag bei Kriegsende sogar um 20 Prozent höher als 1936. Der sogenannte Hungerwinter von 1946/47 war auch eine Folge der Besatzungspolitik. Mit der Direktive JCS 1067 wurde die Militärregierung der US-Besatzungszone angewiesen, keine Schritte in Richtung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu unternehmen – auch wenn sie in der Praxis nur abgeschwächt umgesetzt wurde. Zunächst sollte

sogar eine Politik der Deindustrialisierung verfolgt werden, die schnell dazu beitrug, dass die Dünger-Produktion drastisch einbrach, was zwangsläufig die Landwirtschaft behinderte. Die alliierte Kontrolle der Kohle- und Stahlproduktion bewirkte, dass ausländische Angebote, Lebensmittel gegen Kohle und Maschinen einzutauschen, abgelehnt wurden. Die durchschnittliche Nahrungsversorgung deutscher Zivilisten in der amerikanischen und britischen Besatzungszone belief sich zeitweise auf rund 1200 Kilokalorien täglich, weit unter dem empfohlenen Tagesbedarf für Erwachsene.

Die kontinuierliche Geldentwertung erschwerte die Versorgungslage zusätzlich. Die Aufrüstungspolitik des Dritten Reiches beruhte ab 1943 zunehmend auf dem Drucken neuer Banknoten. Die Folge war ein umfangreicher Kaufkraftüberhang mit Inflation, auch weil Beschränkungen den Abfluss von Geld ins Ausland verhinderten. Durch staatlich fixierte Lebensmittelpreise und Lohnstopps wurde zwar Geldwertstabilität vorgetäuscht, doch das Prinzip der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage war damit faktisch aufgehoben. Die Reichsmark war nicht konvertibel, also nicht tauschbar gegen Fremdwährungen. Für Bewohner von Grenzregionen war es nach Kriegsende damit nicht möglich, Lebensmittel und Heizstoffe im Ausland zu kaufen. Dadurch wurde die Reichsmark als Zahlungsmittel zunehmend vom Tauschhandel abgelöst. Viele Betriebe waren angesichts der Geldentwertung und in Erwartung einer kommenden Währungsreform dazu übergegangen, Rohstoffe und Waren zu horten. Lebensmittel konn-



ten oft nur noch auf dem Schwarzmarkt erworben werden.

#### Der erfolgreiche Aufbau eines demokratischen Staates setzte die Überwindung der Mangelwirtschaft voraus

Die katastrophale Versorgungssituation der Bevölkerung änderte sich erst allmählich, als die westlichen Besatzungsmächte erkannten, dass Frieden und Sicherheit in Europa ohne ein demokratisches, wirtschaftlich gesundes Deutschland auf Dauer nur schwer zu realisieren sein würden. Der sich abzeichnende Kalte Krieg ließ eine zukünftige Einbindung Westdeutschlands in die von den USA geführte Sicherheitsarchitektur als vorteilhaft erscheinen. Der erfolgreiche Aufbau eines demokratischen Staates setzte die Überwindung der Mangelwirtschaft voraus. Eine an Krankheiten und Hunger leidende Bevölkerung wäre nur bedingt für den demokratischen Wiederaufbau zu begeistern, geschweige denn körperlich in der Lage dazu.

Zum Bild gehört auch ein Blick auf die Alliierten: Frankreich befand sich nach Kriegsende in einer ernsten wirtschaftlichen Krise, während die Sowjetunion dem Wiederaufbau des eigenen Landes, das selbst unter Nahrungsmittelknappheit litt, absoluten Vorrang einräumte. Die Briten wiederum sahen sich mit hohen Besatzungskosten konfrontiert, weshalb sie in ihrer Besatzungszone – aber auch im eigenen Land – weiterhin an der Rationierung von Lebensmitteln festhielten.

Ab 1946 zeichnete sich ein Umdenken der amerikanischen Öffentlichkeit im Umgang mit der deutschen Zivilbevölkerung ab. Die US-Regierung genehmigte erstmals Hilfslieferungen nach Deutschland. Zeitungen riefen dazu auf, Lebensmittel an deutsche Zivilisten zu spenden. US-Präsident Harry S. Truman beteiligte sich persönlich an der Aktion und spendete 100 Hilfspakete. Dieser Wandel war zum einen von der Überzeugung geprägt, dass der Hunger die Deutschen letztlich in die Hände des Kommunismus treiben könnte. Zum anderen sprachen sich die USA für höhere

Nahrungsmittelexporte nach Deutschland aus, weil die eigene Agrarproduktion nach Kriegsende gewaltige Überschüsse erzielte.

Allerdings reichten die amerikanischen Hilfslieferungen allein nicht aus, um den Bedarf zu decken, zumal es der deutschen Landwirtschaft 1946 nicht nur an Dünger, sondern auch an Maschinen und Arbeitskräften fehlte. Hinzu kam ein trockener Sommer, der zu Ernteeinbußen führte. Zu allem Übel ging der Industrie auch noch die Kohle aus. Als im Winter 1946/47 eine Kältewelle über Europa einbrach, kam es zur Katastrophe. Die Temperaturen sanken auf bis zu minus 20 Grad, der Rhein vereiste auf 60 Kilometern, die Binnenschifffahrt kam zum Erliegen und mit ihr die Versorgung mit Nahrung und Rohstoffen. Wie viele Menschen vor 75 Jahren an den Folgen von Hunger und Frost starben, ist bis heute nicht abschließend geklärt.

#### Leistung und Fleiß lohnten sich wieder. Die Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft und den "Wohlstand für alle" waren gelegt!

Um Inflation und Geldüberhang entgegenzuwirken und den Grundstein für eine funktionierende Marktwirtschaft zu legen, entschied sich die britisch-amerikanische Bizone im Juli 1947 zu einer Währungsreform, der sich bald die französische Zone anschloss. Die Vorbereitung übernahm die Sonderstelle Geld und Kredit unter der Leitung von Ludwig Erhard, dem späteren Bundeskanzler und Vater des deutschen Wirtschaftswunders. Am 21. Juni 1948 ersetzte die Deutsche Mark die Reichsmark als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Ladenregale füllten sich über Nacht, die Versorgungslage entspannte sich deutlich. Es gab wieder Hoffnung auf bessere Zeiten: Statt Inflation, Mangel und Not herrschten nun Aufbruchsstimmung und Lebensfreude. Die Wirtschaft erholte sich und mit ihr die Menschen. Die Deutschen konnten ihr Land wieder aufbauen, ohne befürchten zu müssen, alles über Nacht zu verlieren. Leistung und Fleiß lohnten sich wieder. Die Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft und den "Wohlstand für alle" waren gelegt!

# KURZNOTIERT



DER IMAM DER DITIB-ZENTRALMOSCHEE IN KÖLN, RIEF AM 14. OKTOBER 2022 ERSTMALS ÜBER LAUTSPRECHER ZUM FREITAGSGEBET

> QUELLE: PICTURE ALLIANCE/ DPA|ROLF VENNENBERND ORIGINALFOTO BEARBEITET

#### Muezzinruf in Köln

Beim Bau der Großmoschee in Köln-Ehrenfeld wurde den Anwohnern vonseiten des Betreibers, der türkischen Religionsbehörde DITIB, versprochen, dass es keinen Muezzinruf geben solle. Auch die Kölner CDU warb damit bei beunruhigten Bürgern. Wenige Jahre später ist das aber Makulatur und die von der CDU unterstützte Oberbürgermeisterin Reker genehmigt den Muezzinruf. Am 14. Oktober war es erstmals soweit. Wir waren vor Ort.

Sven W. Tritschler



#### Weihnachtszeit ohne Weihnachten

Zimtduft in der Luft, heißer Glühwein in der Hand oder festliche Beleuchtung – jeder verbindet etwas ganz Besonderes und Persönliches mit der Weihnachtszeit. Dazu gehört für viele ebenso die Weihnachtsbeleuchtung. Die Deutsche Umwelthilfe will die aber aus Klimaschutzgründen abschaffen: Nur noch ein Weihnachtsbaum pro Kommune. Wir machen bei der Abschaffung unseres Weihnachtsbrauchtums aber nicht mit.

Zacharias Schalley

#### Autobahn-Chaos dank Kohleausstieg

Die A61 zwischen Jackerath und Wanlo wird nicht wieder hergestellt, denn durch die Verkleinerung des Tagebaus fehlt Masse zur Wiederauffüllung der Flächen. Dort, wo eigentlich die Autobahn nach dem Ende des Tagebaus wieder entstehen sollte, wird dann ein See verbleiben. Täglich 40.000 Fahrzeuge müssen damit weiterhin massive Umwege fahren. Ein ökologisches wie ökonomisches Desaster – oder eben "grüne" Politik!

Klaus Esser Christian Loose

#### Stromspartipps à la DDR

Waschlappen statt Dusche, zwei Pullover, mit Deckel kochen - Aufrufe zum Energiesparen. Sowas gab es in der DDR mit der Comicfigur "Wattfraß". FDJ-Kinder malten ihren Eltern das schwarze Teufelchen mit zwei Sicherungen als Hörner und einem Stecker am Schwanz - und klebten das Bild über Lichtschalter zur Mahnung: "Verlässt du Stube oder Haus, schalt Lampen aus, zieh Stecker 'raus!" Unter dem Schlachtruf "Blitz contra Wattfraß" machten die FDJ-Funktionäre - heute hießen sie Aktivisten - Jagd auf die Stromfresser ihrer Eltern, etwa Bügeleisen, die zur "Spitzenzeit" genutzt wurden.

Christian Loose



#### Mit Doppelmoral zur Fußball-WM

Wer kritisiert schon gerne seine schwerreichen Freunde? Die FIFA jedenfalls nicht, vor allem wenn es um Freunde aus Katar geht. Und weil die Profit-Funktionäre des DFB ihrem Weltverband in nichts nachstehen, stimmt man den WM-Gastgeber mit einer falschen Regenbogenarmbinde gnädig. Vergessen sind Menschenrechte und tausende tote Gastarbeiter! Politische Korrektheit leistet man sich eben gerne, wenn es nichts kostet.

Andreas Keith

#### Wissenschaft und Vernunft verteidigen

Die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland basiert auf den Grundgedanken der Aufklärung und der freien Weiterentwicklung von Wissen. Doch aktuell greifen die Ideologie der sogenannten "Cancel Culture" sowie der religiöse Fundamentalismus immer weiter um sich. Eine Entwicklung, die nicht nur wissenschaftliche Grundsätze ad absurdum führt. sondern auch einen Rückschritt für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft bedeutet. Die AfD dagegen steht für Vernunft und Zukunft!

Prof. Dr. Daniel Zerbin



#### Betreutes Denken per Verordnung

"In beheizten Geschäftsräumen des Einzelhandels ist das dauerhafte Offenhalten von Ladentüren und Eingangssystemen, bei deren Öffnung ein Verlust von Heizwärme auftritt, untersagt, sofern das Offenhalten nicht für die Funktion des Ein- oder Ausganges als Fluchtweg erforderlich ist." Solche Schmankerl finden wir in der Kurzfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung (EnSikuMaV). Wer so etwas erfindet, bei dem muss unsere Energieversorgung ja wohl in sicheren Händen sein.

Christian Loose

#### Kinder ohne Migrationshintergrund werden zur Minderheit

In 994 Grundschulen in NRW – vorwiegend im Ruhrgebiet – sind Kinder ohne Migrationshintergrund schon die Minderheit. Das ist über ein Drittel aller NRW-Grundschulen. An 54 Grundschulen liegt der Migrantenanteil über 90 Prozent. Eine fatale Entwicklung: Für leistungsorientierten Unterricht brauchen Schüler möglichst leistungshomogene Lerngruppen. Das wird sabotiert durch eine Politik, die die Heterogenisierung der Gesellschaft aktiv herbeiführt.

Carlo Clemens

#### Gefängnis-Seelsorger bringt Drogen-Döner und Handys mit

Ein Seelsorger wurde bereits 2021 mit Vorwürfen konfrontiert, Gefangenen illegale Dinge mitzubringen. Damals bestritt er alles und es gab keine Beweise.

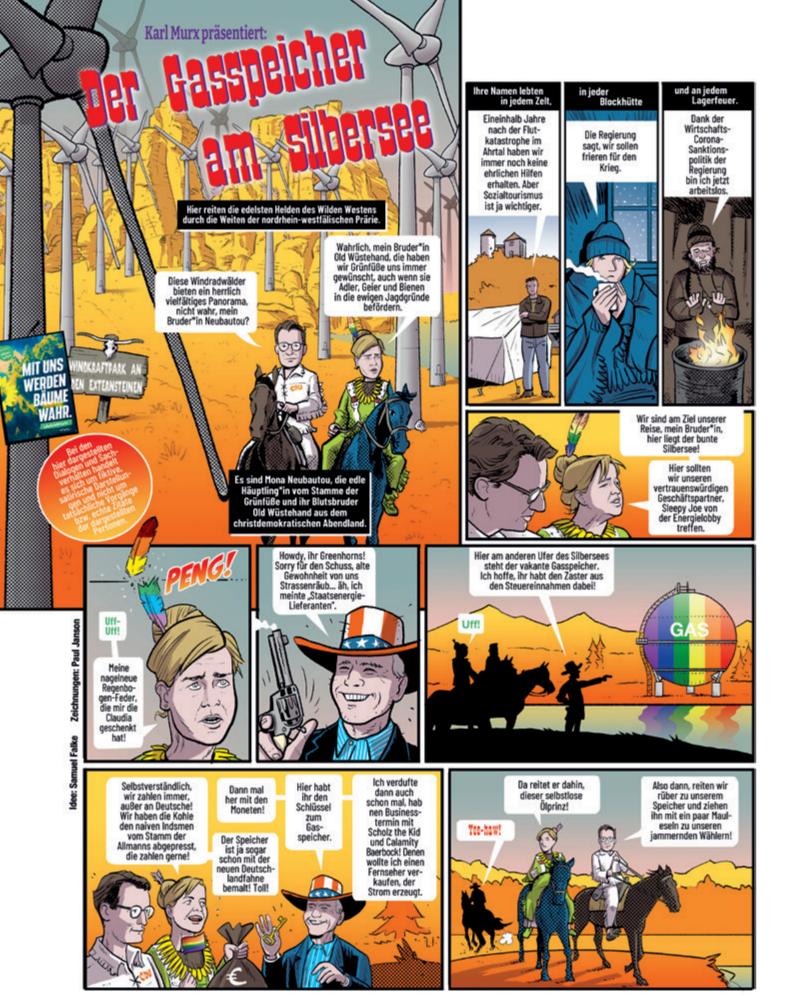
Im Sommer 2022 brachte er dann unerlaubt Essen mit in die JVA Heinsberg. Beim dritten Mal wurden die dampfenden Tüten kontrolliert – 5 der 13 Döner enthielten Hasch und Handys! Auch künftig wird die AfD-Fraktion der Justiz NRW auf die Finger schauen.

Klaus Esser

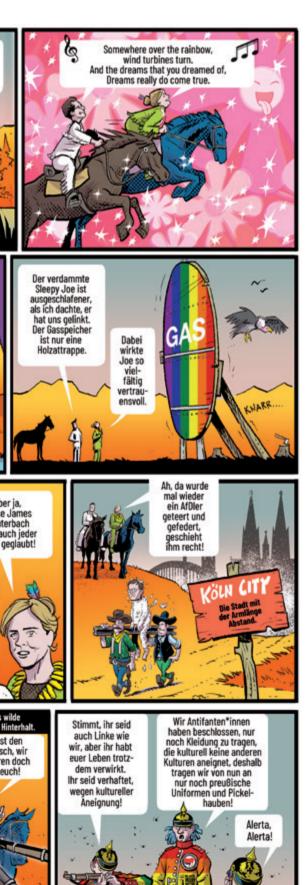
#### Grundsteuer einfach abschaffen!

Jetzt haben die Länder doch entschieden, die Frist zur Abgabe der Grundsteuererklärung auf Ende Januar 2023 zu verlängern. Die AfD-Fraktion NRW ist wie die Bundes-AfD dafür, diese Steuer abzuschaffen. Die Kommunen sollen stattdessen einen Teil der Einkommenssteuer erhalten. Eine Debatte im Landtag zu einem Gegenentwurf der FDP hat die demnächst geltende Grundsteuer als bürokratisches und verfassungsrechtliches Monster entlarvt. Die FDP will damit wohl nur ihre frühere Regierungszeit aufarbeiten, ohne wirklich weiterführende Ideen.

Dr. Hartmut Beucker















Dr. Alice Weidel MITGLIED DES BUNDESTAGES Fraktionsvorsitzende

#### VERNUNFT STATT IDEOLOGIE

Stoppt die energiepolitische Geisterfahrt!

Grüne Politik muss man sich leisten können. Die große Mehrheit der Deutschen kann sich die ideologiepolitischen Dogmen der Grünen aber nicht mehr leisten. Atomausstieg, Kohleausstieg, Verteufelung von fossiler Energie und Autos mit Verbrennungsmotor, Verzicht auf günstiges Erdgas aus Russland, eine milliardenfressende "Energiewende", die auf dem Voodoo-Glauben beruht, man könne die Energieversorgung eines Industrielandes irgendwie hinbekommen, indem man das Land mit Windradmonstern und Solarspiegelwüsten vollpflastert – ein toxischer Ideologie-Cocktail, der für Millionen Deutsche vor allem eines bedeutet: Frieren, Darben, Zahlen und Abschiednehmen vom hart erarbeiteten bescheidenen Wohlstand.

Die Folgen sind jetzt schon überall zu spüren. Familien und Rentner können die astronomischen Heizungs- und Nebenkostenrechnungen nicht mehr bezahlen, die ihnen jetzt ins Haus flattern. Gewerbetreibende. Mittelständler und Handwerker stehen vor dem Ruin. Alteingesessene Traditionsbetriebe. die zum Teil seit über hundert Jahren bestehen und zwei Weltkriege überlebt haben, müssen aufgeben, weil die Energiekosten ihnen das Genick brechen. Industriebetriebe schließen die Tore für immer oder wandern ins Ausland ab. Einige treten mit lautem Knall ab. die meisten sterben still und leise.

Deutschland ist auf dem Weg in einen harten Winter der Verarmung und Deindustrialisierung. Der Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt, ist nicht die Hauptursache der explodierenden Energiepreise. Er sorgt lediglich dafür, dass uns die Rechnung für die energiepolitischen Irrwege der vergangenen Jahre und Jahrzehnte schneller und dramatischer präsentiert wird. Die Milliardenpakete, mit denen die Ampel viel zu spät die Folgen zu dämpfen vorgibt, sind blindes Kurieren an den Symptomen. Die Schulden, die dafür gemacht werden und die letztlich die Bürger selbst bezahlen werden müssen, heizen die Inflation zusätzlich an und gießen weiter Öl ins Krisenfeuer.

Mit den Grünen am Steuer fährt die Ampel unser Land an die Wand. Je länger die übrigen etablierten Parteien damit weitermachen, die grünen Dogmen nachzubeten, und sich weigern, den grün-linken Geisterfahrern ins Lenkrad zu greifen, desto härter wird der Aufprall. Was getan werden muss, um das Ruder noch herumzureißen, liegt auf der Hand: Die "Energiewende" stoppen, den Atom- und Kohleausstieg zurücknehmen, die Laufzeit der verbliebenen Atomkraftwerke verlängern und die bereits stillgelegten wieder in Betrieb nehmen, die selbstmörderische Sanktionspolitik gegen Russland revidieren und über die Wiederaufnahme der unverzichtbaren Erdgaslieferungen aus Russland verhandeln - auch über die noch intakte Leitung von Nord Stream 2.

Die Alternative für Deutschland ist die Stimme der Vernunft im deutschen Tollhaus. Sie wird nicht aufhören, den Weg aus der Krise zu zeigen und an der Seite der Bürger für deutsche Interessen einzutreten.

## 3 Gründe für Ihre SPENDE AN DIE AfD:



#### **Lindner muss Ihre Spende verdoppeln!**

Für jeden Euro, den Sie spenden, muss uns der Herr Finanzminister noch einen dazugeben – seine erste wirksame Entlastung!



#### Habeck darf Ihre Spende nicht besteuern!

Parteispenden sind steuerlich absetzbar. Alleinstehende können bis zu 1.650 € geltend machen, Ehepaare sogar das Doppelte.



Scholz kann Ihre Spende nicht ins Ausland verschenken!

Ieder Euro für die AfD ist eine Investition in Deutschland.

JETZT SPENDEN!

#### **AfD NRW**

**Bank: Sparkasse Iserlohn** 

IBAN: DE92 4455 0045 0006 0718 80

**BIC: WELADED1ISL** 

Bitte geben Sie im **Verwendungszweck** Ihre **vollständige Adresse** an, damit Sie eine **Spendenquittung** zugeschickt bekommen können.



#### **Impressum**

9. Ausgabe: Winter 2022/23

AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen Sven W. Tritschler, stelly, Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf

www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Henning Dornauf, Steffen Postler, Bernd Rummler

Ansprechpartner: Steffen Postler 0211884-4541

Mail· blickwinkel@afd-fraktion nrw

> Dr. Hartmut Beucker, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Iwar Matern, Tino Perlick.

Zacharias Schalley, Enxhi Seli-Zacharias, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner, Prof. Dr. Zerbin

#### Bild- und Grafiknachweise:

Fotos: Tobias Ebenberger

Grafiken und

Tel·

Robert Gorny, Paul Janson, Götz Wiedenroth, Alfred Zettler

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW

#### Ausgenommen

akg-images/AP, Bild-Nr.: AKG172242 - Originalfoto verfremdet Cover:

Seite 6: Seite 10-11: picture alliance/dpa | Hauke-Christian Dittrich, Medien-Nr.: 313695455

IMAGO/Political-Moments, Bild-Nr.: 0161773760

AFP via Getty Images/PATRIK STOLLARZ/Kontributor, Bild-Nr.: 1042944274 Seite 40:

Seite 42: picture-alliance/dpa | dpa, Medien-Nr.: 2475238 picture alliance/akg-images | akg-images, Medien-Nr.: 83999731

picture alliance/dpa | Rolf Vennenbernd, Medien-Nr.: 319895009

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben

#### Alle Rechte vorbehalten

Druckauflage: 15.000

Druckerei nacem druck OHG Kelvinstrasse 1-3

50996 Köln



#### Im BLICXWINKEL finden Sie die Zweite



Sie möchten unser kostenloses Magazin BLICKWINKEL abonnieren und in Zukunft portofrei nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel